



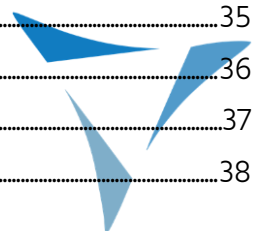
Antragsmappe

2. Schüler:innenparlament

(Stand 30. Jänner 2023)

Inhaltsverzeichnis

GO-Antrag bezüglich § 23	4
1. Wir wollen eigenständig sein!	5
2. Persönlichkeit vor Robotern.....	6
3. Schule zum Lernen statt Schule zum Leisten.....	7
4. Toleranz an Schulen.....	8
5. Gebärdensprache als Freifach.....	9
6. Demokratie gehört gelernt!.....	10
7. Wann kommen wir in der Zukunft an?	11
8. Reden für´s Leben.....	12
9. Schule ist mehr als Tests.....	13
10. Let`s talk about it!.....	14
11. Eigenes Budget für Schüler_innenvertretungen	15
12. Du bist nicht du, wenn du hungrig bist!	16
13. Wo bleibt da bitte die Soziale Gerechtigkeit!	17
14. Spezialisierung in der Oberstufe - Mach dir Schule wie sie dir gefällt.....	19
15. Recht und Politik am Stundenplan	20
16. Autonome und Entpolitisierte Schule - Schulversuch Österreich.....	22
17. Raus aus der Verdrossenheit – Starten wir Diskussionen.....	23
18. Don't do drugs! – oder zumindest mit Verantwortung	24
19. Verpflichtendes Lehrer_innen Feedback.....	25
20. Abschaffung der NOST (Neue Oberstufe).....	26
21. Matura '23? We need to talk!.....	27
22. Selbstverteidigung für Selbstbestimmung	28
23. Modernisierung des Lehrplans.....	29
24. Eine echte Demokratie, in der das Wahlrecht kein Privileg ist.....	30
25. Doppelkorrektur bei Sprachschularbeiten.....	31
26. Schule ohne Gott und mit Verstand.....	32
27. Diskutieren geht über Studieren.....	33
28. Let's talk about sex, baby!.....	34
29. Ein eigenes Budget für eigene Ideen – SV-Budget.....	35
30. „Ihr sitzt jetzt eh freiwillig da!“	36
31. What to do after school? – Zivi oder Wehrdienst: der Zwiespalt.....	37
32. Wieso können wir nicht einfach mehr Geld drucken?.....	38



Inhaltsverzeichnis

33.	Erste-Hilfe-Kurs: lebenswichtig.....	39
34.	Hallo, ich bin dein Buddy und steh dir zur Seite!	40
35.	Wirklich wahr – Das Vertrauen in die Wissenschaft zurückgewinnen.....	41
36.	„Das Internet ist für uns alle Neuland“.....	42
37.	Mind your Mind.....	43
38.	Hello, anyone there?.....	44
39.	Auf in die Schule des 21. Jahrhunderts	46
40.	Verhindern von Bildungslücken	48
41.	Wo soll ich hin?.....	49
42.	Erdbeerwoche – kein Problem!.....	50
43.	Anonymisierte Korrektur in der Schule.....	51
44.	Echte Demokratie statt ahnungsloser Schüler_innen	52
45.	Anonymisierte Korrektur in der Schule.....	53
46.	Bringen wir Licht in die dunklen Schulfinanzen!.....	54
47.	Choose your player/teacher	55
48.	Bleibt weltoffen!.....	56
49.	Echter Klimaschutz in der Schule.....	57
50.	Use your time wisely	59
51.	Bildung über Finanzen: eine Investition in die Zukunft	60
52.	Paper-and-Pencil-Aufgaben, dass Konzept aus der Zukunft?	62
53.	Der Weg zur europäischen Schule.....	63
54.	internship your life	65
55.	Öffis nützen – selbst schützen.....	66
56.	Sei eine Avocado!.....	67
57.	Um Veränderung an Berufsschulen bewirken zu können - Freistellung für Berufsschüler:innenvertreter:innen.....	68
58.	Schule - und dann?	69
59.	Schule von gestern.....	70
60.	Warum nicht gleich gleich?.....	71
61.	Aufwertung des Berufs der Lehrer:innen.....	72
62.	Unbrauchbares wieder brauchbar machen.....	73



GO-Antrag bezüglich § 23

Antrag von: **Clemens Schütz**, GRg23 VBS, Draschestraße 90-92

Das Schüler_innenparlament der LSV dient als demokratisches Mittel, um die Interessen aller Schüler und Schülerinnen zu legitimieren. Obwohl es als „demokratisches Mittel“ dienen sollte – wird diese Definition meiner Meinung nach in einem Paragraphen der Geschäftsordnung verletzt. In einer Demokratie sollte jede Stimme transparent und in ihrem Sinne gewertet. Der Paragraph § 23 „Anträge auf Vorziehung eines Hauptantrages“ verletzt dies allerdings. Dieser setzt für eine Vorziehung eines Antrages eine Zustimmung von 2/3 der Anwesenden voraus. Bei dieser Abstimmung ist es erlaubt, sich zu enthalten. Eine Enthaltung soll Neutralität ausdrücken – Sie existiert, weil eine wahlberechtigte Person der Meinung ist, dass die eigene Stimme keinen Einfluss auf das Ergebnis haben soll.

Um genauer zu sein, hier ist die Definition einer Enthaltung gemäß § 29. Soweit in dieser Geschäftsordnung nicht näher definiert, gelten alle Anträge mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen als angenommen; eine Enthaltung fließt nicht in die Anzahl der abgegebenen Stimmen ein. Eine einfache Mehrheit ist dann gegeben, wenn mehr Stimmen für als gegen einen Antrag abgegeben wurden. Doch der derzeitigen Version des Paragraphen 23 nach, werden die Enthaltungen indirekter Weise zu den Gegenstimmen dazugezählt.

Ein einfaches Beispiel: Die Ergebnisse eines Vorziehungsantrages sind wie folgt: 99 Fürstimmen, 14 Enthaltungen und 37 Gegenstimmen. Wenn man nun die Enthaltungen – im Sinne ihrer Definition – nicht zu dem Ergebnis zählt, so erhält man, dass 72% für einen Vorzug gestimmt haben – Was über der 66% Schwelle liegt.

Zählt man nun die Enthaltungen zu den gewerteten Stimmen, so erhält man, dass genau eine Für-Stimme auf die 2/3 Mehrheit fehlt. Das heißt, dass die Enthaltungen hier direkten Einfluss auf das Ergebnis der Abstimmung hatten – Entgegen des Sinnes ihrer Definition.

Dies passiert, da Paragraph 23 erfordert, dass 2/3 aller abgegeben Stimmen (inkl. Enthaltungen) für einen solchen Antrag sind. Diese Definition ignoriert nicht nur indirekt ein Grundprinzip der Demokratie – sondern auch § 29 der GO.

Forderungen

- Der Paragraph §23 soll auf den folgenden Wortlaut abgeändert werden: "Ein Antrag auf Vorziehung eines Hauptantrages ist schriftlich und formgerecht beim Präsidium einzubringen. Ein solcher darf nur einmal pro Sitzung und Antrag eingebracht werden. Der:Die Antragssteller:in hat drei Minuten Zeit zu erläutern, warum eine Vorziehung gerechtfertigt ist. Sind zwei Drittel der abgegebenen Stimmen für einen solchen Antrag, ist der betroffene Hauptantrag sofort zu behandeln. Enthaltungen zählen hierbei nicht als abgegebene Stimmen."



1. Wir wollen eigenständig sein!

Antrag von: **Fatima Nouri**, BRGORG15 Henriettenplatz

Wieso sind unsere Schulen noch nicht eigenständig?

Wenn eine einzelne Schule autonome Konzepte durchsetzen möchte, gibt es viele Hindernisse. Es gibt viel zu zeitaufwendige und komplizierte Hürden, welche Lehrer:innen und Direktor:innen davon abschrecken kreative Projekte und Ideen in der Schule autonom umzusetzen. Dadurch gehen österreichische Schulen einen völlig anderen Weg als Schulen in anderen OECD Mitgliedsstaaten.

Schulen verlieren ihre Kreativität und ihre Persönlichkeit als Schulgemeinschaft. Lehrer:innen sollten das Recht haben über Gestaltungsfreiraum zu verfügen. Denn genauso wie nicht jeder gleich lernt, lehren manche auch anders. Durch diese eigenständigen Projekte kann das schuleigene Engagement stetig steigen und Schüler:innen dabei helfen sich zu entfalten.

Forderungen:

- Einem Schulstandort muss es möglich sein, den Lehrplan nach regionalen Gegebenheiten eigenständig, unter Erfüllung der Bildungsstandards, anzupassen.
- Bestellung von Lehrpersonal durch die Direktion und Schulpartner.
- Eine Schule muss frei über ihr Budget verfügen können.
- Schulautonomes Kündigen von Personal.
- Einführung eines flächendeckenden Schulstandortplanes



2. Persönlichkeit vor Robotern

Antrag von: **Morris Pietrzak**, Sacré Coeur Wien Rennweg

Liebe alle!

Wir gehen in die Schule und lernen, wie man rechnet, wie man richtig schreibt und wie die Schwerkraft funktioniert. Doch eines lernen wir am allerwenigstens, etwas, das doch am allerwichtigsten ist: die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit.

Eine wohlgeformte Persönlichkeit brauchen wir unser ganzes Leben: im privaten Bereich für Freundschaften und Familie, in der Arbeitswelt und für uns selbst. Denn, welche Jobs werden am besten bezahlt? Richtig, jene Jobs, in denen wir andere Menschen überzeugen, motivieren, anleiten und führen können. Dazu müssen wir lernen, wie wir uns selbst organisieren, gute Entscheidungen treffen, zwischenmenschlich kommunizieren und Verantwortung übernehmen.

Die Basis dafür bilden eine starke Persönlichkeit, gute rhetorische Fertigkeiten, ein konstruktiver Umgang mit Konflikten und ein gesunder Selbstwert.

Vieles davon kommt im Unterricht zu kurz und das muss geändert werden. Deswegen brauchen wir die Integration dieser Inhalte in den Lehrplan von bestehenden Unterrichtsfächern. Zum Beispiel könnten diese Softskills in kurzen Modulen regelmäßig vermittelt und vertieft werden. Nebenbei kann der Lehrstoff noch besser verstanden werden. Wo es möglich ist, könnten diese Inhalte im Rahmen der Klassenvorstandsstunden behandelt werden.

Ich fordere daher:

Forderungen:

- Integration von Persönlichkeitsbildung in den Lehrplan von bestehenden Unterrichtsfächern
- Persönlichkeitsbildung im Rahmen von Klassenvorstandsstunden



3. Schule zum Lernen statt Schule zum Leisten

Antrag von: **Anna Maria Fischer**, BHAK und BHAS Wien22

Druck und Stresssituationen sind prinzipiell etwas Gutes. Das menschliche Gehirn ist darauf ausgelegt, besser zu funktionieren und klarer zu denken, wenn es unter Stress steht. Ein Merkmal, das den Menschen in der Natur vor vielen Jahren sicherlich zu Gute gekommen ist, wenn es um das Überleben in gefährlichen Situationen ging. Ein Merkmal, das uns auch heute oft zu Gute kommt, wenn wir in Wettbewerben besser abschneiden als im Training oder schulpolitisch bei Schularbeiten bessere Leistungen bringen als bei Übungen. Dass das menschliche Gehirn unter Druck und Stress besser abliefern kann, ist ein Fakt. Dass es vielen Schüler:innen im derzeitigen Bildungssystem gar nicht gut geht, ist auch ein Fakt.

Die Sache mit den Stresssituationen und den verbesserten Funktionen unseres Gehirnes ist Folgende: Es funktioniert nicht auf Dauer. Stressige Phasen in der Schule, wie kurz vor einer wichtigen Schularbeit oder vor der Matura helfen uns. Auch wenn es uns unangenehm erscheint, profitieren wir im Endeffekt davon. Doch das nur, wenn diese Situationen in kleinen, bedeutenden Momenten kommen. Bei zu viel Stress oder zu viel Druck werden die Funktionen unseres Gehirnes durcheinandergebracht, dies führt schon bei jungen Menschen zu Burn-Outs oder anderen mentalen Krankheiten.

Der Ansatz uns mit Leistungsdruck zu pushen ist prinzipiell nicht falsch, doch er wird im derzeitigen Schulsystem komplett falsch angewandt. Durch mehrfache Tests, Schularbeiten, Präsentationen, usw. steigt dieser Druck so lange an, bis er uns zerdrückt – das sollte so nicht sein. Wir können bei all den Leistungsnachweisen nicht mehr unterscheiden, welche zu priorisieren gelten. Wenn es zu Leistungsüberprüfungen kommt ist weniger manchmal mehr. Wir sind Schüler:innen und keine Maschinen - wir müssen nicht immer, einheitlich funktionieren. Wir müssen lernen, stressige Situationen für uns zu nutzen und dabei auf unsere mentale Gesundheit zu achten. Das geht bei Stress und Druck nur in Maßen. Die Schule muss wieder zu einem gesunden Verhältnis von Stress, Druck und Leistung zurückzukehren.

Forderungen:

- Eine Begrenzung von max. einer verpflichtenden und einer freiwilligen Leistungsüberprüfung jeglicher Art* in Schularbeitsfächern und max. 2 verpflichtende und einer freiwilligen Leistungsüberprüfung jeglicher Art* in Fächern ohne Schularbeit
- Schulungen von Expert:innen über mentale Gesundheit für Lehrkräfte und Schulleitung
- Eine jährliche Umfrage, die zentral an allen Schulen digital durchgeführt werden muss, bei der Schüler:innen kundtun können, wie es ihnen mit dem schulischen Druck geht und Verbesserungsmaßnahmen vorschlagen können



4. Toleranz an Schulen

Antrag von: **Jaber Constantin Alexei Ezra Saja-Köttl**, VBS Augarten

Nikolai Grigar, VBS 1090 | **Anna Maria Fischer**, BHAK und BHAS Wien 22

Wir leben im 21. Jahrhundert und noch immer werden Themen wie Sexualität, Religion, Nationalität etc. tabuisiert und nicht im Unterricht behandelt. Auch wenn es um Akzeptanz und Toleranz innerhalb der Schulgemeinschaft geht, ist noch viel Luft nach oben. Schüler*innen die der LGBTQIA+ Community angehören werden noch immer strukturell diskriminiert und von Mitschüler*innen teils ausgegrenzt und gemobbt. Das kann und darf an keiner Schule passieren.

Die Schule sollte uns auf das spätere Leben vorbereiten und unsere Persönlichkeiten stärken und fördern. Deshalb muss die Schule zu einem Ort werden, wo unsere sexuelle Orientierung, Herkunft oder Religion keine Rolle spielt.

Oftmals sind Schulen schon so "fortschrittlich" und hängen eine Regenbogenfahne vor dem Schulhaus aus. Doch hierbei sollte darauf geachtet werden, dass diese Fahne nicht als Beschmückung und zur „Vorzeige-Toleranz“ der Schule missbraucht wird, sondern die mithergehenden Werte auch im Schulhaus gelebt werden. Um diese Werte am besten vermitteln zu können, braucht es unabhängige Experten und Expertinnen von der Hosi Wien oder dem Regenbogenhaus Wien, die der Schulgemeinschaft diese Inhalte erklären und Fragen unabhängig beantworten. Experten und Expertinnen darum, weil die Neutralität bei Lehrkräften nie sichergestellt werden kann und es bei einem so wichtigen Thema auf gar keinen Fall zu Misskommunikation oder Beeinflussung kommen darf!

Lasst uns die Schule zu einem toleranten Ort machen! Denn Intoleranz hat keinen Platz in unseren Schulen.

Forderungen:

- Aufklärung über die LGBTQIA+ Bewegung durch unabhängige, externe Expert*innen
- Aufklärung über die Regenbogenfahne und ihre Geschichten im Unterricht
- Schaffung von Toleranz gegenüber Religion, Nationalität, sexueller Orientierung etc. an Schulen durch ausgewählte Workshops



5. Gebärdensprache als Freifach

Antrag von: **Alena Petric**, HTL Camillo Sitte Bautechnikum

Gebärde ist eine Sprache, die, wenn man sie im jungen Alter erlernt, eigentlich nicht so schwer ist. Zumindest finde ich das, weil ich mir Bewegungen leichter einprägen kann als lästige Vokabeln. Aber abgesehen davon, bedeutet Gebärde vor allem eines, es bedeutet Inklusion. Inklusion von Menschen, die genauso viel können wie wir, nur weniger Optionen haben.

Ich finde das unfair, ungerecht. Ich möchte, dass alle Leute in unserem Alter die gleichen Chancen und Möglichkeiten bekommen, das zu tun, was sie lieben.

Für mich ist Gebärde genauso essenziell wie Englisch, mir ist es wichtig eine Sprache zu sprechen, mit der ich mich weltweit gut verständigen kann. Und es ist mir wichtig, dass gehörlose Menschen sich auch immer verständigen können.

Ich bin der Meinung, dass Gebärde als Freifach an allen Schulen Wiens, wenn nicht sogar Österreichs, ein riesengroßer Schritt in die richtige Richtung wäre. Nämlich Bildung für ALLE. Inklusion nicht nur in der Schule, sondern auch später in der Berufswelt und in der Freizeit.

Ich sehe im Erlernen dieser Sprache nur einen Vorteil und ich hoffe ihr seht das auch.

Forderungen:

- Gebärde als Freifach an allen Schulen Wiens



6. Demokratie gehört gelernt!

Antrag von: **Nikolai Grigkar**, VBS Schönbornrgasse

In Österreich können wir Jugendliche uns glücklich schätzen bereits mit 16 Jahren wählen zu dürfen. In frühen Jahren können wir schon Teil des demokratischen Prozesses sein. Was jedoch fehlt, sind grundlegenden Kompetenzen, die uns auf demokratische Teilhabe auch vorbereiten.

Bildungs- und Erziehungsansätze, die Inhalte über die Demokratie vermitteln oder demokratische Verhaltensweisen einüben und Versuche, die Schulstrukturen bzw. das ganze Bildungswesen demokratisch gestalten zu versuchen fehlen bisher in unserem Bildungssystem.

Demokratie ist nicht selbstverständlich, sie gehört wertgeschätzt, gelehrt und vor allem gelernt. Wir brauchen jetzt endlich Unterrichtsinhalte, die unser kritisches Denken fördern, uns befähigen fundierte Wahlentscheidungen zu treffen und uns zu einem ernstgenommenen Teil des politischen Diskurses machen.

Forderungen:

- Einführung des verpflichtenden Unterrichtgegenstandes „Demokratiebildung“ an allen Schulen Österreichs ab der 9. Schulstufe.



7. Wann kommen wir in der Zukunft an?

Antrag von: **Ben Pozgaj**, AHS Kenyongasse

Täglich hören wir von neuen Technologien, die uns das Leben und die Arbeit leichter machen, doch viel bekommen wir davon in den Schulen nicht mit.

Vielen fehlt das notwendige Wissen, wie man seine Produktivität mithilfe von elektronischen Endgeräten fördert und das, obwohl wir seit Jahren so fortgeschritten in der Technologie sind. Weiterbildungen für Schüler_innen, sowie Lehrer_innen bezüglich technischer Aufklärung können deutliche Verbesserungen und Erleichterungen in der schulischen (Zusammen-)Arbeit vorweisen. Den ständig aufkommenden Problemen bei der Arbeit mit Stift und Papier wird mit beispielsweise Laptops entgegengewirkt, da die einzige Sorge nur ein voller Akku ist.

Ein ebenso großes Problem ist die Aufbewahrung von Dokumenten, wie Hausaufgaben, Präsentationen, oder anderen schulischen Mitschriften. Dafür wäre eine von der Schule zur Verfügung gestellte Cloud die beste Lösung, da das Speichern und Abrufen somit leicht und von überall aus möglich ist.

Doch durch die derzeitige Teuerung, fällt es jedoch Manchen schwer das nötige Geld für ein elektronisches Endgerät zusammenzutreiben. Hier soll die Schule unterstützen können, damit die Möglichkeit auf Bildung nicht von der finanziellen Situation abhängt.

Forderungen:

- Einen verpflichtenden Einsatz von Laptops für die Deutsch und Englisch Schularbeiten und der Matura.
- Workshops für Lehrer_innen bezüglich technischer Aufklärung und wie man mit elektronischen Endgeräten den Unterricht einfacher gestalten kann.
- Eine Schul-Cloud für alle Schüler_innen, sowie Lehrer_innen.
- Finanzielle Unterstützung seitens der Schule, falls die Möglichkeit nicht gegeben ist sich ein Endgerät selber zu finanzieren.



8. Reden für's Leben

Antrag von: **Katharina Anna Gabriel**, Billrothgymnasium | **Viktoria Feichtinger**, Amerlinggymnasium

“Zum Redner wird man nicht geboren, zum Redner wird man gemacht!” (Cicero)

Rhetorik ist die Kunst der Rede. Ein bedeutendes Werkzeug. Um dieses nutzen zu können, muss man zuerst lernen, damit umzugehen.

Im Informationszeitalter wird sehr viel kommuniziert. Ob in der Schule, am Arbeitsplatz, oder in der Freizeit - man kommt nicht daran vorbei, denn das Verständigen mit unseren Mitmenschen begleitet uns tagtäglich. Es kommt hierbei nicht nur auf den Inhalt an, sondern auch auf Gestik, Mimik und Artikulation. Rhetorik kann nicht nur zu einem selbstsicheren Auftreten beitragen, sondern unterstützt auch die sprachliche Flexibilität, beispielsweise bei Präsentationen, Verhandlungen und Diskussionen. Und das gut anzuwenden, wissen leider viele nicht!

Aber wer über eine gute Rhetorik verfügt, ist klar im Vorteil. Bewusste Kommunikation - wichtig und richtig.

Forderungen:

- Eine Anpassung des Lehrplans im Deutschunterricht, um einen größeren Fokus auf Rhetorik zu legen - hierbei soll sie aber nicht nur theoretisch angewendet werden, sondern auch praktisch.
- In Bezug zu praktischen Umsetzungen, ein individuell angepasstes Feedback an jede:n Schüler:in



9. Schule ist mehr als Tests

Antrag von: **Lorenz Unger**, GRG 19, Billrothstraße 73

Mathe, Englisch, Deutsch, Französisch, Latein, für manche auch Bio, Physik und DG. Es gibt so schon genug Fächer, in denen man gesetzlich vorgeschriebene Schularbeiten (1) hat. Aber wenn dann darauf in den meisten Nebenfächern auch noch Tests kommen, sind viele Schüler:innen endgültig überlastet.

Eine Umfrage bei hunderten 10–19-Jährigen hat aufgezeigt, dass mehr als 50% Angstzustände und ähnliches vor Prüfungen bekommen (2). Natürlich sind gewisse schriftliche Überprüfungen notwendig, aber man kann ja zumindest die nicht notwendigen auf ein Minimum reduzieren.

Aus diesem Grund wäre es sinnvoll vor allem in Klassen in denen es viele Schüler:innen mit Testangst gibt, in Nebenfächern keine Tests mehr abzuhalten, sondern zum Beispiel durch mehrere kleine Wiederholungen die Note zu bilden. Dies nimmt erstens den Stress vor einem „entscheidenden“ Test, und führt außerdem dazu, dass Schüler:innen sehr viel mehr vom Unterricht mitnehmen, da man nicht mehr für einen Test lernt und dann alles wieder vergisst, sondern sich der erlernte Unterrichtsstoff durch häufiges Wiederholen festigen.

Falls dieses Leistungsbeurteilungssystem in manchen Klassen gar nicht funktioniert und die Notwendigkeit besteht einen Test durchzuführen, dann wäre es für Schüler:innen zumindest beruhigend zu wissen, dass dieser Test nur einen Teil der Note ausmacht. Bei einem Blackout oder anderwärtigem Misserfolg kann dann durch über das gesamte Jahr erbrachte Leistungen wie Mitarbeit, Referate oder Hausübungen die Note noch verbessert werden.

Forderungen:

- Tests in Nebenfächern sollen, soweit möglich, durch eine fließendere und allgemeinere Form der Leistungsbeurteilung ersetzt werden.
- Wenn ein Test notwendig ist, darf die Testnote maximal 40% der Zeugnisnote ausmachen, der Rest muss durch andere Formen der Leistungsbeurteilung (mündliche Mitarbeit/Referate/Stundenwiederholungen etc.) bestimmt werden.
- Lehrer:innen müssen die Leistungsbeurteilungskriterien so formulieren, dass es für alle Schüler:innen klar ersichtlich ist wie ihre Note gebildet wird.

Quellen:

1: <https://www.ris.bka.gv.at/eli/bqbl/1974/371/P7/NOR12126781>

2: <https://kurier.at/freizeit/family/umfrage-jeder-zweite-schueler-leidet-unter-pruefungsangst/400770783>



10. Let`s talk about it!

Antrag von: **Sofija Joksimović**, HLW19 Straßergasse | **Melanie Kramer**, HLW19 Straßergasse

Sexualpädagogik wird heutzutage im Unterricht immer noch in veralteter Form unterrichtet. Vor allem bei Themen wie Sexualität und Identität ist die Schule noch immer nicht auf dem neuesten Stand, obwohl alle Personen im Alter, in dem sie in die Schule gehen mit diesen Themen konfrontiert sind. Im Rahmen kostenloser Workshops von Expert_innen soll die Diversität in unserer Gesellschaft widerspiegelt werden, um eine vollwertige und inklusive Aufklärung zu gewährleisten.

Viele Personen identifizieren sich nicht mit einem der binären Geschlechter, auch trans Personen, die sich noch nicht geoutet haben, haben bisher nur die Möglichkeit in eine von zwei Toiletten zu gehen, in der sie sich meist nicht wohlfühlen. Mit Unisex Toiletten wird, überhaupt für diese Gruppe an betroffenen Schüler_innen, ein grundlegendes Bedürfnis in der Schule gedeckt: Denn alle Menschen müssen auf die Toilette und sollten sich dabei wohlfühlen können und das auch vor allem an einem Ort der Bildung.

Genauso wird in unserer Gesellschaft heutzutage oftmals gezeigt, dass die Menstruation noch immer ein sehr schamhaftes Thema ist. So wird der Tampon auf dem Weg zur Toilette oft versteckt. Durch Namen wie "rote Grütze" oder "Erdbeerwoche" erfolgt aktiv eine sprachliche Tabuisierung. Öffentlich zugängliche Menstruationsartikel haben den Vorteil, das gesellschaftliche Tabu der Menstruation zu adressieren und Sichtbarkeit und Sensibilisierung zu fördern. In der Schule in der Jugendliche tagtäglich mehrere Stunden verbringen ist es daher besonders wichtig Menstruationsartikel gratis zur Verfügung zu stellen. Da die Kosten dieser grundlegend wichtigen Produkte, manchmal nicht zu stemmen sind, sollten Schultoiletten zumindest ein Ort sein, an dem sie immer auffindbar sind.

Allem voran ist es wichtig, dass Lehrpersonen im Umgang mit sexualisierenden Aussagen, wie zum Beispiel über Kleidung, durch Workshops sensibilisiert werden, da so, eine gewaltfreiere Schule gewährleistet werden kann.

Forderungen:

- Kostenlose und inklusive Aufklärungsworkshops von Expert_innen, zu Thematiken wie zum Beispiel sexuell übertragbare Krankheiten und Schwangerschaftsabbrüche
- Mindestens eine gut erreichbare Unisex-Toilette in jeder Schule und gratis Menstruationsartikel auf allen Toiletten
- Das Sensibilisieren von allen Lehrpersonen im Umgang mit sexualisierenden Aussagen



11. Eigenes Budget für Schüler_innenvertretungen

Antrag von: **Anna Maria Fischer**, [business.academy.donaustadt](https://business.academy.donaustadt.at) (BHAK und BHAS Wien22) | **Nikolai Grigkar**, VBS Schönborngasse

Wir alle bemühen uns jeden Tag mit unserer Arbeit in der Schüler_innenvertretung das Leben in der Schule für Schüler_innen so gut wie möglich zu gestalten. Doch für eine Verbesserung an unseren Schulen und in unserem Schulsystem generell braucht es oftmals doch mehr als unser Engagement.

Gerade für schulinterne Projekte der SV wie etwa diverse Feiern und Veranstaltungen oder Menstruationsartikel, etc. braucht die Schüler_innenvertretung nicht nur ihre Motivation, sondern auch Geld. Die Umsetzung dieser Projekte ist dann leider oftmals von den finanziellen Mitteln der Schule bzw. der Gnade der Schulleitung oder der Unterstützungsbereitschaft des Elternvereins abhängig. Mit einem eigenen SV-Budget hätten allerdings wienweit alle Schüler_innenvertretungen die gleichen Chancen Veränderung zu schaffen.

Doch wie genau kann ein Budget für die SV aussehen? Ganz einfach: Jede Schüler_innenvertretung bekommt einen vom Budget der Schule abhängigen Betrag zur Verfügung gestellt - mindestens 500€ pro Semester wären aber gut - aus dem gegen Quittungen der Ausgaben Geld entwendet werden kann. Damit von diesem Budget allerdings ausschließlich die Schüler_innen und nicht die Personen der SV profitieren, muss eine Einnahme-Ausgaben-Rechnung von der Schüler_innenvertretung geführt werden, welche von der/ dem Finanzbeauftragten der Schule kontrolliert wird.

Die Nutzung dieses Budgets soll individuell bleiben. Das heißt, falls die SV mal mehr Geld als die Basis des SV-Budgets braucht, kann immernoch die Schulleitung/ der Elternverein um Unterstützung gebeten werden. Bei einem geringeren Verbrauch der finanziellen Ressourcen soll das SV-Budget für das nächste Semester aufgehoben werden, sodass es am Semesterbeginn immer auf €500,- aufgefüllt wird.

Ein Budget für die Schüler_innenvertretung erspart nicht nur die Arbeit der ständigen Anfragen für finanzielle Unterstützung, sondern ermöglicht auch neue Projekte einfacher und rascher durchzusetzen.

Forderungen:

- Jede Schüler_innenvertretung an einer Wiener Schule soll ein Basis Budget bekommen. Dieses Budget soll jedes Semester auf mindestens 500€ aufgefüllt werden.
- Die Schüler_innenvertretungen müssen bei Nutzung dieser finanziellen Ressourcen eine Einnahmen-Ausgaben-Rechnung vorlegen können und sollen dabei Unterstützung von der/ dem Finanzbeauftragten der Schule bekommen, welche/r auch als Kontrollinstanz wirken soll.

12. Du bist nicht du, wenn du hungrig bist!

Antrag von: **Levi Lansky**, Vienna European School

Als unfreundlichste Stadt der Welt sind wir Wiener:innen bekannt für unseren (meist) gut-gemeinten Grant. Der kann ja auch manchmal ganz charmant sein – weniger reizvoll wird er allerdings, wenn man hungrig ist. Nicht nur kennen das die meisten aus persönlicher Erfahrung, auch zahlreiche Studien bestätigen es: Wenn man „hangry“ ist, leidet darunter die eigene Stimmung und damit auch die des sozialen Umfelds. Das ist vielerorts ungünstig, aber erst recht im Klassenzimmer.

Leider herrscht an manchen Schulen ein kompletter Mangel an Möglichkeiten, seinen Hunger in einer leistbaren und gesunden Form zu stillen. Natürlich könnte man sich auch selbst vor Schulanfang Essen besorgen, aber nicht alle haben die Zeit oder das Geld dafür. Sie müssen dann bis Schulende oder zumindest bis zur langen Pause ohne eine Mahlzeit auskommen. Das ist nicht nur für die Klassendynamik schädlich, es beeinträchtigt auch einen effektiven Lernprozess. Denn dieser kann durchaus intensiv sein und uns Schüler:innen schnell erschöpfen. Mit adäquater Ernährung kann dem entgegengewirkt werden.

Viele Schulen lösen das, indem sie durch Automaten oder eine Kantine allen Schüler:innen eine Auswahl an leistbaren Speisen und Getränken anbieten. Doch es ist nicht nur wichtig, dass man isst, sondern auch, was man isst. Leider fehlt selbst Schulen mit Essensmöglichkeiten ein gesundes und zeitgemäßes Ernährungsangebot. Dadurch wird Schüler:innen, die sich gesund ernähren wollen, das Leben schwer gemacht – und generell unsere Gesundheit außen vor gelassen.

Forderungen:

- Garantierte Essensmöglichkeiten an allen Wiener Schulen mit einem leistbaren und gesunden Angebot an Speisen und Getränken.



13. Wo bleibt da bitte die Soziale Gerechtigkeit!

Antrag von: **Linus Kolar**, AHS des Bildungscampus Flora Fries

Die wahre Freiheit ist nichts anderes als Gerechtigkeit. - Johann Gottfried Seume

Schule für alle, das verspricht uns unser aktuelles System: Jeder und Jede soll in Österreich die gleichen Chancen auf gute Bildung haben. Zwar sind unsere Schulen ja prinzipiell gratis und für alle offen stehend, jedoch ist dies leider zu oft nicht für alle ganz zutreffend. Schüler_innen in ganz Österreich haben immer noch mit Rassismus, Sexismus, Klassismus und anderen Arten der Diskriminierung zu kämpfen. Nur 37% von Kindern aus Arbeiter_innen-Haushalten legen die Matura ab, in Akademiker_innen-Haushalten sind es ganze 81%. Und nur 7% von Arbeiter_innenkinder beginnen ein Master-Studium, bei Akademiker_innenkinder sind es noch 25%. Wenn das nicht zeigt das Bildung in Österreich vererbt wird, weiß ich auch nicht! Aber woher kommt das?

Zu oft kommt es auf die Geldbörse der Eltern an, welcher Bildungsweg eingeschlagen werden kann. Während der reine Schulbesuch gratis ist, entstehen viele Nebenkosten, welche finanziell schwächere Familien belasten können. Schulreisen, Taschenrechner und Kostenbeiträge sind selbst tragen. Was für mache von uns selbstverständlich sein mag, ist für andere ein großer Teil des Monatsbudgets.

Vor allem jetzt, mit um die 10,6% Inflation und den extrem Heizkosten, müssen viele Familien sparen wo sie können. Hier sind die Kosten für Schulausstattung und Schulfahren eine extreme Mehrbelastung für sozial schwächere Familien! Zwar werden ab heuer das Schulstartgeld und die Schulbeihilfe jährlich an die Inflation angepasst, nur deckt das nur einen Teil der notwendigen Maßnahmen ab:

Die Schulbuchaktion muss alle notwendigen Lernmaterialien wie Übungsbücher oder Hefte beinhalten. Jegliche Hilfsfonds müssen einfacher zugänglich gemacht werden. Kaum eine Schüler_in weiß über die Angebote und wie man sie beantragt Bescheid! Nachhilfeangebote sollen für uns alle offen stehen, gratis Kleingruppen-Nachhilfe an den

Wiener Schulen würde uns alle weiterbringen. Lasst uns gemeinsam dafür einstehen, dass wir wirklich sagen können: Schule für alle!



Forderungen:

- Ausweitung und Entbürokratisierung der Schulbeihilfe
- Ausweitung der Schulbuchaktion auf Übungsbücher, Hefte, Schreibmaterialien etc.
- Ausweitung und Entbürokratisierung von Hilfsfonds bezüglich besonderer Schulausstattung wie Taschenrechner, Malkasten, Schullektüren etc.
- Ausweitung und Entbürokratisierung von Hilfsfonds bezüglich Schulveranstaltungen wie Ausflügen, Sprachreisen, kostenpflichtige Workshops etc.
- Aufklärung über die Angebote von Schulbeihilfen und wie man sie beantragt an allen Wiener Schulen
- Gratis Kleingruppen-Nachhilfeunterricht für alle Schüler_Innen Wiens



14. Spezialisierung in der Oberstufe - Mach dir Schule wie sie dir gefällt

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Anselm Husz**, BHAKWIEN22 | **Ahmad Bachir**, AHS Friesgasse | **Barbara Glawar**, BAFEP 10

Schule sollte sich nach den individuellen Interessen und Begabungen der Schüler_innen richten. Falls sie sich dieser schon mit 14 bewusst sind, gibt es in Österreich Berufsbildende Höhere Schulen die manche Interessen abdecken. Für jene, die sich in dem Alter noch nicht entscheiden können, heißt es dann erstmal 4 weitere Jahre AHS, wo sie mit Sicherheit neue Interessen entwickeln, die unser Schulsystem jedoch komplett ignoriert.

In Deutschland kann man in der 11. Schulstufe entscheiden, ob man Fächer abwählen will oder andere intensivieren will. Natürlich steht das dann im Zeugnis, jedoch hilft es Schüler_innen wahnsinnig ihren Interessen nachzugehen.

Wir denken, dass Oberstufenschüler_innen jedes Schuljahr selbst über ihren Stundenplan entscheiden können sollten. Nebenfächer sollten komplett abgewählt werden können, solange ein anderes intensiviert (verdoppelt) wird oder ein neues hinzugefügt. Schularbeitsfächer müssen absolviert werden, könnten jedoch auch halbiert oder intensiviert werden.

Natürlich muss es Beratung geben, die nicht nur bei der Wahl des Stundenplans hilft, sondern auch über die besten Möglichkeiten auf Basis des Stundenplans zur Weiterbildung während und nach der Schule informiert.

Es soll weiterhin die Zentralmatura gelten, doch natürlich angepasst an den Stundenplan und auch mit einem entsprechendem Maturazeugnis.

Forderungen:

- Schüler_innen sollen zu einem gewissen Grad selbst über ihren Stundenplan entscheiden können
- Die Interessen von Schüler_innen sollen an erster Stelle stehen und Ausgebildete Berater_innen sollen sie auf ihrem Schulweg begleiten.
- Die Zentralmatura soll an dieses System angepasst werden



15. Recht und Politik am Stundenplan

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22 | **Luis Madner**, Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

„Nicht für das Leben, sondern für die Schule lernen wir“, ist ein bekanntes Zitat aus einem Brief Senecas an seinen Schüler, welches sich auch auf die heutige Zeit übertragen lässt, bedenkt man den aktuellen bundesweit normierten Lehrplan. Die Schule ist ein Ort des Erlernens sowie der Weiterentwicklung und je nach Schultypus mit differenziertem Schwerpunkt, doch gilt es den Auszubildenden grundlegende Kompetenzen, die unabhängig von ihrer weiteren schulischen Laufbahn essenziell sind, zu vermitteln.

Lehrfächer wie Mathe, Deutsch oder Englisch erscheinen evident wichtig und unentbehrlich, sind dies die ersten Unterrichtsgegenstände die als substanziell konnotiert sind. Blickt man jedoch über den Tellerrand der ersten Assoziationen hinaus und in den Themenpool des außerschulischen Lebens hinein, kommt man schnell zu der Erkenntnis, dass es an realitätsnahen und lebensbezogenen Lehrgegenständen mangelt. Zwar soll die Schule ein diverses Portfolio inkludieren, dies jedoch so ausgestalten, dass sämtliche Lebensbereiche abgedeckt sind.

Besonders auffallend und resultierend daraus paradox erscheint hierbei das Fehlen rechtlicher sowie politischer Bildung im Rahmen eines eigenen Unterrichtsfachs, angesichts der Signifikanz dieser Kompetenzen in der heutigen Zeit. Kaum ein anderer Aspekt umgibt und bestimmt unser tägliches Leben derartig wie Politik und Recht, wobei genau jene Lebensbereiche mit gewissen Vorbehalten und Skepsis behaftet sind. Diese gilt es nicht nur zu entkräften, sondern Aufklärungsarbeit zu leisten, um jedem die Partizipation am demokratischen Alltag zu ermöglichen.

Demokratie- und Gesellschaftspolitisch erscheint dieser Mangel dahingehend besonders gewichtig, da er dem Grundgedanken der Liberalisierung und des mündigen Bürgers entgegenwirkt, wenn nicht sogar torpediert. Konkludierend daraus ist die Aufnahme dieses Lehrgegenstandes damit verbunden, umfassend auf politische Fragestellungen allgemeiner und aktueller Natur einzugehen, sowie über die ländergrenzen und im europäischen Sinne agierend, selbiges aufzubereiten. Weiters und damit einhergehend, gilt es die Grundzüge des Rechtssystems auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene zu beleuchten und Zusammenhänge herzustellen. So soll sichergestellt werden, dass es der Bevölkerung von jungen Jahren auf möglich ist sich in unserem Rechtsstaat zurechtzufinden und einzubringen.



Forderungen:

- Wir fordern, die Trennung des Lehrgegenstandes Geschichte von politischer Bildung, hingehend zu einem eigenen Fach „Recht und Politik“.
- Wir fordern eine spezifische und aktuelle Ausbildung des Lehrkörpers hinsichtlich dieser Erneuerung, um die Qualifikation sicherzustellen.
- Wir fordern ein flächendeckendes Angebot an Informationsmöglichkeiten an Schulen, zu unserem politischen sowie rechtlichem System.



16. Autonome und Entpolitisierte Schule - Schulversuch Österreich

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22

Schulautonomie ist essenziell für ein funktionierendes Bildungssystem. Daher sollten weder Bund noch Land die bestimmenden Instanzen unseres Bildungssystems sein. Die Entscheidungskompetenz über Bildung soll dort liegen, wo diese auch stattfindet: an den Schulen selbst. Das Bildungsministerium beschränkt sich darauf, den Rahmen, wie Finanzierung, Bestellung der Schulleitung, Leistungsvergleichungs-Tests zur Qualitätssicherung oder das Verbot von politischer und religiöser Indoktrination, des Bildungssystems festzulegen. Die Schulen erhalten die Freiheit, selbst über das Bildungsangebot, über Inhalt und Form der Lehre, Beurteilungskriterien und -form, sowie über die eigenen Ausgaben zu entscheiden.

Was wir heute als Schulversuch kennen, soll in Zukunft für jede Schule gelten. Natürlich wird es für alles Vorlagen geben, an die sich Schulen jedoch keineswegs halten müssen. So sorgt man dafür, dass sich Schule nach den Lernenden richtet und nicht nach dem Bildungsministerium oder Stadtschulrat. Einen gesetzlichen Rahmen muss es natürlich weiterhin geben, doch es soll trotzdem Wege geben, diesen Rahmen für weitreichende Schulkonzepte zu überschreiten.

Mit Schulautonomie kommen Jedoch nicht nur mehr Kompetenzen für die Direktion, sondern auch der SGA sollte mehr Entscheidungsfreiheit bekommen.

Schule kann jedoch nur dann wirklich autonom sein, wenn sie nicht durch politische Parteien beeinflusst wird. Im 21. Jahrhundert müssen die Parteibücher raus aus dem Direktorenzimmer. Direktorenposten dürfen nicht mehr nach Parteifarbe und PartEIFreundschaften vergeben werden. Im Vordergrund müssen Kompetenz und Engagement gestellt werden, um einer jeden Schule die bestmöglichen Bedingungen für Entwicklung geben zu können.

Forderungen:

- Wir fordern mehr autonome Entscheidungsmöglichkeiten für Schulen, um ihr Bildungsangebot bestmöglich anzupassen.
- Bei jeder, das Schulleben verändernden Entscheidung soll der SGA mit einbezogen werden.
- Die politische Unabhängigkeit der Direktion muss selbstverständlich werden und zu jederzeit gegeben sein.



17. Raus aus der Verdrossenheit – Starten wir Diskussionen

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22 | **Markus Lamprecht**, BAFEP 10

Flächendeckende Podiumsdiskussionen an Schulen steigern die Wahlbeteiligung und holen so manch einen Schüler oder eine Schülerin aus der politischen Verdrossenheit heraus. Für österreichische Schulen sollte die politische und demokratische Bildung Aufgabenbereich Nummer eins sein, denn so eignen sich Jugendliche politisches Wissen an und werden dazu animiert sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen. Das Angebot an politischen Debatten, um Schüler_innen aus dem politischen Winterschlaf zu bekommen, muss erhöht oder gar gänzlich an jeder Schule umgesetzt werden. Wir sind fester Überzeugung, dass regelmäßige Debatten zu Tagesaktuellen innerpolitischen Geschehen oder Debatten zum Weltgeschehen die Wahlbeteiligung und auch die Partizipation etwas bewirken zu wollen steigern.

Österreichs Schulen sollten ein Ort für jede Form der Meinungsäußerung sein. Deshalb sollten diese Podiumsdiskussionen unter klarem Regelwerk stattfinden, damit ein reger Austausch und ein humanes Teilnehmen ermöglicht werden kann. Wie oft eine Podiumsdiskussion stattfindet, sollte natürlich der Schule überlassen werden, mindestens einmal im Semester sollte jedoch eine stattfinden. Auch die Teilnahme sollte so autonom wie möglich bleiben. Jedoch ist anzudenken, dass Podiumsdiskussionen während des Regelunterrichts stattfinden sollten und sich somit Schüler_innen entscheiden können, ob sie am Unterricht oder an der Podiumsdiskussion teilnehmen möchten.

Forderung:

- Wir fordern mehr Podiumsdiskussionen an Österreichs Schulen, um der politischen Verdrossenheit entgegenzuwirken.



18. Don't do drugs! – oder zumindest mit Verantwortung

Antrag von: **Luis Madner**, Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus | **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22 | **Darius Gogoljak**, BAFEP 10

Oftmals gibt es an Schulen Seminare, Workshops oder Veranstaltungen mit dem Ziel, Schüler_innen davon abzuhalten, Drogen zu konsumieren. Obwohl es natürlich wichtig ist, die Gefahren solcher Substanzen aufzuzeigen und davor zu warnen, ist es, unserer Meinung nach, mindestens genauso wichtig, darüber zu sprechen, wie man verantwortungsvoll damit umgehen kann und welche Konsequenzen es geben kann. Dies sollte jedoch aus einer Sicht passieren, die illegale Substanzen nicht verteufelt, denn so erreicht man die Schüler_innen meistens am wenigsten.

Drogen existieren so gut wie überall und es ist heutzutage sehr einfach, an verschiedenste Substanzen zu kommen und die Chance, dass man damit in Verbindung kommt, ist, wie die meisten vermutlich bestätigen können, enorm hoch. Daher ist es essentiell, die Jugendlichen darauf vorzubereiten und ihnen Verantwortung beizubringen. Denn im Endeffekt sind sie selbst dafür verantwortlich, was sie in ihrer Freizeit tun, wobei Verbote und Regeln oft genau das Gegenteil bewirken, was sie eigentlich als Ziel haben.

Forderung:

- Daher fordern wir mehr objektive, wissenschaftlich-basierte Aufklärung über Drogen und Suchtmittel an Schulen, welche bestenfalls von Personen mit Erfahrung in diesem Gebiet durchgenommen wird.



19. Verpflichtendes Lehrer_innen Feedback

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22

Wir Schüler_innen sind die Mehrheit im Bildungssystem, doch trotzdem fragt uns eigentlich niemand, wie wir den Unterricht finden, und was wir ändern würden. Viele Lehrer_innen holen sich am Ende des Jahres Feedback der Schüler_innen ein, um in Erfahrung zu bringen, wie ihr Unterricht ankommt. Doch eine noch viel größere Gruppe der Lehrkräfte tut dies eben nicht. Ich bin der Meinung, dass das Bildungssystem und der Frontalunterricht veraltet ist. Doch anstatt, dass wir versuchen einen Teil der bereits verlorenen Zeit gutzumachen, die wir mit altmodischen Lehrmethoden verschwendet haben, tun wir nichts, absolut gar nichts. Niemand fragt uns, was wir denken, uns, diejenigen die vom Bildungssystem profitieren sollen. Deswegen braucht es jetzt verpflichtendes Feedback von Schüler_innen an Lehrer_innen. Hören wir auf, Zeit zu verschwenden, und verwenden wir unsere Stimme.

Dieses Feedback soll mindestens einmal im Jahr von allen Klassen, die eine Lehrkraft unterrichtet hat, eingeholt werden. Es ist äußerst wichtig, dass das Feedback anonym eingeholt wird. Schüler_innen sollen die Wahl zwischen 5 verschiedenen Stufen haben, sehr zufriedenstellend, zufriedenstellend, befriedigend, wenig zufriedenstellend, nicht zufriedenstellend.

Um zu gewährleisten, dass dieses Feedback ernst genommen wird, soll die Direktion Einsicht in die Antworten bekommen, allerdings nur in Form von Prozentsätzen. Wenn also Schüler_innen bei einer Lehrkraft mehr als ein Drittel der Fragen mit „nicht zufriedenstellend“

beantwortet haben, muss ein Gespräch mit der Schulleitung her.

Forderung:

- Wir fordern daher, dass am Ende des Schuljahres von jeder Lehrperson Feedback der Schüler_innen eingeholt werden muss. Dieses soll von der Direktion eingesehen werden dürfen, die bei mehr als einem Drittel „nicht zufriedenstellend“ das Gespräch suchen soll.



20. Abschaffung der NOST (Neue Oberstufe)

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22 | **Ahmad Bachir**, AHS Friesgasse

Einige Schulen in Wien haben das System der neuen Oberstufe bereits umgesetzt. Der Großteil der Schulen in Wien sträubt sich jedoch noch immer gegen die Einführung der NOST an allen Schulen. Mit guter Begründung. Wirft man einen Blick auf die Zahlen der Schulerfolge an einer Schule mit neuer Oberstufe lässt sich erkennen, dass diese marginaler ausfallen als die an einer Schule ohne NOST. Doch die NOST wurde damals genau deswegen eingeführt, um Schülerinnen und Schülern einen positiven Schulerfolg trotz ihrer Schwächen zu ermöglichen. Guter Gedanke, schlechte Umsetzung. Wenn man das System der neuen Oberstufe genauer unter die Lupe nimmt, erkennt man ein Gerüst an unendlich konfusen Bestimmungen und Regeln. Lehrer_innen, Schüler_innen, Eltern und sogar Direktoren haben keinen genauen Überblick. Außerdem birgt die NOST einen enormen Aufwandsfaktor für Lehrer_innen. Tatsache ist, dass jedes Semester mit einem Jahreszeugnis abgegolten wird. Die neue Oberstufe hat keine Halbjahresnoten oder -zeugnisse. Sobald man einen Gegenstand in einem Semester negativ abgeschlossen hat, muss der Schüler oder die Schülerin sich dieses Fach anhand einer Semesterprüfung (welche eine Prüfung über das gesamte Semester darstellt) ausbessern. Drei Antritte bleiben einen, bis diese Prüfung zu einer fixen Parkplatzprüfung wird. Schüler_innen mit Lernschwächen, denen dieses System eigentlich unter die Arme greifen sollte, sammeln jedoch einige Semesterprüfungen in unterschiedlichen Fächern und haben zum Ende hin einen Brocken an Semesterprüfungen, die teils nicht mehr zu bewältigen sind. Schafft der Schüler oder die Schülerin die letzte Form dieser Prüfung, die genannte Parkplatzprüfung nicht, wird er oder sie österreichweit gesperrt und darf nicht mehr zur Matura antreten. Somit war der gesamte Aufwand seitens der Lehrer_innen und Schüler_innen quasi umsonst – das Endresultat dieser neuen Oberstufe sind bestens ausgebildete Fachkräfte ohne Matura, jedoch auf Maturaniveau.

Forderung:

- Wir fordern das Auslaufen der aktuellen NOST-Jahrgänge und die generelle Abschaffung dieses irreführenden Systems.



21. Matura '23? We need to talk!

Antrag von: **Zara Agtas**, Maroltingergasse | **Johanna Palfrader**, BRG16 Schuhmeierplatz | **Ben Pozgaj**, AHS Kenyongasse | **Linus Kolar**, AHS Friesgasse | **Anna Maria Fischer**, BHAK22 Polgarstraße | **Vincent Englitsch**, SZU Ungargasse

1053 Tage begleitet uns das Corona-Virus schon durch den Alltag – mit erheblichen Folgen im Bildungsbereich. Die Auswirkungen von Distance-Learning sind bekannt: Die Bildungsschere geht auf, große Gruppen werden völlig abgehängt, enorme Bildungslücken entstehen und viele weitere Begleitfolgen stehen an der Tagesordnung. Auch die psychischen Folgen sind an dieser Stelle nicht zu unterschätzen. Daher ist klar, dass auch die heurigen Maturajahrgänge nicht wie vor der Pandemie maturieren werden können. Immerhin waren die Abschlussklassen mehr als 150 Schultage im Distance-Learning und hier muss betont werden, dass Onlineunterricht niemals Präsenzunterricht ersetzen kann. So gesehen ist die Lage ja völlig abstrus: Den Maturant_innen aus dem Jahr 2020 ist etwas mehr als ein Monat Präsenzunterricht entfallen. Die Abschlussklassen aus den letzten beiden Jahren verbrachten mehr als 150 Tage im Distance-Learning und maturierten ebenfalls mit massiven Erleichterungen. Uns fehlen ebenso mehr als 150 Tage Präsenzunterricht und maturieren laut dem Bildungsministerium unter „vor-Pandemie-Zuständen“. Genaue Maßnahmen diesbezüglich sind noch immer nicht bekannt. Daher fordere ich folgende Erleichterungen für den Maturajahrgang 2023.

Forderungen:

- Reduktion der Themenpools bei den mündlichen Reifeprüfungen um ein Drittel
- Verlängerung der Arbeitszeit bei der schriftlichen Klausur um 60 Minuten
- Ergänzungs- und Förderunterricht für die 7. und 8. (AHS) bzw. 4. und 5. Klassen (BMHS) um die entstandenen Bildungslücken abzufedern
- Automatisches Aufsteigen mit einem Nicht-Genügend ohne Konferenzbeschluss und
- Aufstiegsberechtigung mit Konferenzbeschluss bei zwei Nicht-Genügend



22. Selbstverteidigung für Selbstbestimmung

Antrag von: **Nadine Bollauf**, Bafep21 Patrizigasse

Selbstverteidigung und Selbstschutz sind zwei der wichtigsten Prioritäten für alle Lebewesen. Doch bedauerlicherweise ist die traurige Realität, dass sich vor allem Frauen diese Techniken aneignen müssen um sich in unserer heutigen Gesellschaft sicher zu fühlen. Die Problematik vieler Frauen ist im Dunkeln die Straßenseite wechseln zu müssen sobald sie einen Schatten erkennen, oder dass sie sich bei den stark steigenden Femiziden fragen müssen: „Bin ich die Nächste?“. Dies sind Dinge, die können wir ihnen nie nehmen. Jedoch haben wir die Möglichkeit dafür zu sorgen - für den Fall der Fälle - dass jede einzelne Schülerin so gut es geht vorbereitet ist, um möglichst unbeschadet aus einer Gefahrensituation zu entkommen.

Selbstverteidigungskurse hierfür einen idealen Weg zu bieten. Im Rahmen des Sportunterrichtes einen Selbstverteidigungskurs durchzuführen käme mit zwei Vorteilen. Auf der einen Seite handelt es sich bei Selbstverteidigungskursen um Ganzkörpertraining – also perfekt geeignet für den Sportunterricht. Andererseits sollte uns die Schule auf unser zukünftiges Leben vorbereiten.

Was gebe es dann Wichtigeres als uns lebenserhaltende Maßnahmen beizubringen?

Forderung:

- ein verpflichtender Selbstverteidigungskurs jährlich im Rahmen des Sportunterrichtes für die gesamte Oberstufe, durchgeführt von schulexternen professionellen Personen



23. Modernisierung des Lehrplans

Antrag von: **Zara Agtas**, Maroltingergasse

Jede_r kennt vermutlich folgende Situation: Man sitzt im Unterricht lernt die zigste mathematische Formel auswendig und denkt sich, wofür brauch ich das eigentlich? Fakt ist: Die Wenigsten werden diese im Alltags- und Berufsleben brauchen. Doch dieses Problem gibt es nicht nur in der Mathematik, fast alle Fächer sind von einem veralteten und ineffizienten Lehrplan betroffen. Während große Mengen an unnützem Wissen unterrichtet werden, fehlen einige durchaus relevanten Themen völlig. So werden zum Beispiel die Themen: Mental Health, Sex Ed und Social Media entweder garnicht oder unzureichend im Unterricht erwähnt. Doch auch viel trivialere Themen wie z.B das Erledigen von Steuern fehlen völlig im Unterricht. Das ist ein Zustand der nicht tragbar und zu ändern ist. Es braucht Mut für eine neue bildungspolitische Zukunft, in der die Zukunft der Schüler_innen im Mittelpunkt steht und nicht das stumpfe Auswendiglernen.

Forderungen:

- Realitätsnäherer Aufklärungsunterricht
- Zeitgemäßer Informatikunterricht durch die Erwähnung von Social Media und I.T Sicherheit
- Angebrachte Vorbereitung auf das spätere Leben durch u.a. Themen wie Steuern und Wohnungssuche
- Grundlegendes Umdenken im schulischen Betrieb - Fokus auf Zukunft der Schüler_innen, statt auf Leistung
- Eine generelle Überarbeitung und Aktualisierung der Lehrpläne durch ein Gremium aus Bildungsexpert_innen, Schüler_innenvertretungen und Lehrer_innen



24. Eine echte Demokratie, in der das Wahlrecht kein Privileg ist

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Markus Lamprecht**, BAFEP 10 | **Anselm Husz**, BHAKWIEN22

Es kann und darf nicht sein, dass das Wahlrecht bei LSV-Wahlen einer kleinen Minderheit vorbehalten ist. Eine Beschränkung des aktiven Wahlrechts auf einen zweistelligen Kreis fördert nur Freunderlwirtschaft und strukturelle Korruption. In Wien gibt es rund 160.000 Oberstufenschüler_innen, welche von insgesamt 48 Personen vertreten werden. Gewählt werden diese jedoch nur von weniger als 0,2% der aller wiener Schüler_innen. Es ist klar zu erkennen, dass Demokratie so nicht funktionieren kann, da so niemals die Interessen vertreten werden können, die den Großteil der Betroffenen wirklich am Herzen liegen. Um dem entgegenzuwirken, braucht es eine Ausweitung des Wahlrechts auf alle Schüler_innen ab der 9. Schulstufe. Die LSV-Mandate sollten proportional verteilt werden, um eine möglichst breite Repräsentanz der Meinungen innerhalb unserer gesetzlichen Vertretung zu gewährleisten.

Forderung:

- Wir fordern eine proportionale Verteilung der LSV-Mandate, welche durch eine Direktwahl ermittelt wird. Hierbei soll jede_r Oberstufenschüler_in die Möglichkeit bekommen, die eigene Vertretung auf Landesebene zu wählen, um ein demokratisches System zu gewährleisten.



25. Doppelkorrektur bei Sprachschularbeiten

Antrag von: **Simon Stabauer**, BRG19 Krottenbachstraße

In vielen Schulfächern ist es die Aufgabe der Schüler:innen literarische Texte zu verfassen, in denen sie ihre Meinung präsentieren. Es kann dazu kommen, dass die Lehrperson aufgrund ihrer eigenen Auffassung einer bestimmten Materie, den:die Schüler:in negativer bewertet. Die zweite Korrektur durch eine andere Lehrperson wäre ein erster Schritt um die Benotung von Sprachschularbeiten fairer und Schüler:innenfreundlicher zu machen.

Forderungen:

- Zweite Korrektur von einer weiteren Lehrperson bei Sprachschularbeiten auf Verlangen des:der Schüler:in
- Verpflichtende zweite Korrektur von einer weiteren Lehrkraft bei einer negativen Sprachschularbeit



26. Schule ohne Gott und mit Verstand

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Markus Lamprecht**, BAFEP 10 | **Luis Madner**, Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

In Deutschland ist Ethikunterricht schon seit langem etwas ganz normales, auch manche österreichische Schulen bieten diesen schon an. Doch leider machen das noch nicht viele und in den meisten Fällen wird er nur als eine Alternative für jene Schüler_innen, die den konfessionellen Religionsunterricht nicht besuchen wollen, angeboten.

Nach aktueller Gesetzeslage dürfen Schülerinnen und Schüler erst mit dem Erreichen der Religionsmündigkeit, also derzeit mit 14 Jahren, selbst darüber entscheiden, ob sie den Religionsunterricht besuchen wollen oder nicht. Bis dahin ist das die Aufgabe der Eltern. Im Idealfall beachten diese natürlich den Willen ihrer Kinder, doch trotzdem sollten Schülerinnen und Schüler ihre Religion selbst wählen können, vor allem in der Schule!

Ethikunterricht auf der anderen Seite ist der beste Weg, um sich nicht nur zu versichern, dass Schülerinnen und Schüler der Lage sind, die verschiedensten Weltanschauungen zu verstehen, sondern er kann auch die Basis dafür schaffen, dass Schülerinnen und Schüler mit dem Erreichen ihrer Religionsmündigkeit eine fundierte Entscheidung treffen können, ob und welche Religionsbekenntnis diese haben wollen.

Außerdem sollte Schule ein Ort sein an dem sich alle Schüler_innen gut aufgehoben fühlen. In jeder öffentlichen Schule hängt in Österreich jedoch derzeit noch ein Kreuz an der Wand. Für alle mit nicht-christlichem Bekenntnis ist das natürlich eine starke Nachricht. Es vermittelt, dass diese Schülerinnen und Schüler, die es oft sowieso schon schwerer als andere haben, nicht wirklich zur Schulgemeinschaft gehören und, dass dort andere Religionen nicht als gleichwertig betrachtet werden.

- Wir fordern also, dass Religionsunterricht an Schulen erst angeboten wird, wenn Kinder frei entscheiden können, ob sie diesen besuchen wollen. Ethikunterricht soll bis zur 9. Schulstufe verpflichtend sein.



27. Diskutieren geht über Studieren

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22 | **Markus Lamprecht**, BAFEP 10

Leider ist der Stand der Dinge so, dass es an vielen österreichischen Schulen noch immer viel zu viel Frontalunterricht gibt. Dadurch lernen die Schüler_innen insgesamt weniger, da man viel leichter abgelenkt und unkonzentriert wird. Außerdem lernt man so nur Fakten auswendig, jedoch nicht Dinge zu hinterfragen und selbst zu denken.

Diskussionen im Unterricht zu verschiedensten Themen hingegen sorgen dafür, dass Schüler_innen lernen, selbst zu denken und Dinge zu hinterfragen und zu reflektieren. Außerdem lernt man, seine eigenen Standpunkte zu vertreten und sich eine Meinung zu bilden bzw. die Meinung anderer zu verstehen. Dies hilft nicht nur bei der Festigung des Stoffs, sondern bringt auch das Erlernen von Fähigkeiten mit, die unfassbar wichtig für das spätere Leben an Hochschulen oder in der Berufswelt sind.

Forderung:

- Wir fordern die Verankerung von mehr Diskussionen zur Stoffvermittlung im Lehrplan aller Schulen.
- Wir fordern Fortbildungen für Lehrkräfte, wo gezielt zu diesen Themen gearbeitet wird, damit Diskussionen effektiv als Mittel im Unterricht eingesetzt werden können.



28. Let's talk about sex, baby!

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Annika Ordo**, Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus | **Markus Lamprecht**, BAFEP 10

Die WHO definierte 2006 sexuelle Gesundheit als Zustand des körperlichen, emotionalen, mentalen und sozialen Wohlbefindens. Es geht um das Bewusstsein über Krankheiten, lernen ein „nein“ zu akzeptieren, eine positive Herangehensweise, Wissensvermittlung zu Verhütungsmethoden, Hilfe bei Sexualitätsentscheidung, aber vor allem um Prävention sexueller Gewalt. Sex darf nicht mehr als Tabuthema gelten und muss ein normaler Bestandteil unseres Lebens sein. Schulen haben die Verantwortung uns auf die Zukunft vorzubereiten und uns über gegenwärtige Situationen zu belehren. Aufklärung ist zu wenig im Lehrplan verankert, doch das wollen wir ändern. Bildungsstätte müssen uns die Möglichkeit bieten uns auf angenehme Art und Weise mit Aufklärung auseinanderzusetzen. Im Endeffekt wollen wir alle ein erfülltes und verantwortungsvolles Sexual- und Beziehungsleben führen.

Genau deswegen fordern wir mehr Aufklärungsangebote an Schulen durch zum Beispiel Workshops oder klasseninterne, sowie schulübergreifende Events. Dies sollte von einer externen Person abgehalten werden, um unangenehme Situation zu vermeiden. Im Folgenden präsentieren wir umsetzbare Forderungen, sodass Aufklärung an Schulen greifbarer gemacht wird.

Forderungen:

- Wir fordern die Einführung von Workshops und Events an Schulen abgehalten von externen Personen, um sexuelle Aufklärung für Schüler_innen erreichbarer zu machen.



29. Ein eigenes Budget für eigene Ideen – SV-Budget

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22 | **Markus Lamprecht**, BAFEP 10

Ein Großteil der Wiener Schüler_innenvertretungen hat eine riesige Menge an Ideen und Projekten, die sie gerne umsetzen würden. Diese Projekte erfordern meistens eine gewisse finanzielle Unterstützung, die sie vom Elternverein oder der Direktion oftmals nicht bekommen. Um zu gewährleisten, dass die Schüler_innenvertretung auch unabhängig von finanzieller Unterstützung der anderen Schulinstanzen funktionieren kann, braucht es ein festgelegtes Budget für alle Schüler_innenvertretungen. Das nötige Geld dafür soll durch einen Schüler_innenbeitrag von maximal 4€ im Jahr finanziert werden, welcher dann ausschließlich für Projekte verwendet wird, die den Schüler_innen zugutekommen. Zusätzlich dazu soll das Budget durch Aktionen der SV, wie z.B. Verlosungen aufgestockt werden können. Um das ganze übersichtlich und verantwortungsbewusst zu koordinieren, müsste es ein eigenes Girokonto für die SV geben, das von dieser auch verwaltet wird. Des Weiteren muss die Schüler_innenvertretung einen Rechenschaftsbericht ablegen und die Finanzen auch im SGA vorlegen, die auch noch von den zukünftigen Schüler_innenvertretungen eingesehen werden können.

Forderung:

- Wir fordern, dass es ein festgelegtes Budget für alle Schüler_innenvertretungen gibt, welches frei, für schulische Zwecke, verwendet werden kann.



30. „Ihr sitzt jetzt eh freiwillig da!“

Antrag von: **Luis Madner**, Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus | **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Markus Lamprecht**, BAFEP 10 | **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22

Die Oberstufe - Erhöhter Stress, erhöhte Schularbeitsdichte, höher erforderter Selbstständigkeit und eine höhere Anzahl an Wochenstunden, gerade an BMHSen. Dadurch ist es oft schwer für Schularbeiten/Tests/Wiederholungen aber auch generell Zeit zum Lernen für die Fächer einzuplanen, in denen man eventuell leistungsschwächer ist. Jede_r hat Fächer in denen er/sie schwächer ist, und wo es notwendig wäre den Fokus mehr auf diese zu legen, man muss jedoch generell immer in allen Unterrichtsfächern anwesend sein und die Lernschwerpunkte in seiner Freizeit setzen.

Sinnvoller wäre es in den Fächern, in denen man leistungstärker ist, die Stunden in denen man Anwesend ist vermindern zu können. Diese Möglichkeit bietet das SchuG jedoch leider nicht. Eine Reform würde hier aus unserer Sicht sehr nützlich sein. Nicht nur um den Schüler_innen mehr Selbstständigkeit die „School-Life-Balance“ mehr ins Gleichgewicht zu bringen, sondern auch um die Schüler_innen mehr Selbstständigkeit zu ermöglichen.

Den Lehrkräften würde eine solche Reform die Möglichkeit bieten mehr auf die leistungsschwächeren Schüler_innen einzugehen, während sich die leistungstärkeren Schüler_innen auf andere Fächer konzentrieren können. Dies würde beim Ausgleich eines eventuellen Leistungsungleichgewichts helfen.

Forderung:

- Bei Leistungsstand „Sehr Gut“ einer/eines nicht mehr schulpflichtige_n Schüler_in recht auf Fernbleiben vom Unterricht in jenem Fach durch eine schriftliche Erlaubnis der Lehrperson, die bei Verschlechterung des Leistungsstandes sofort widerrufen werden muss. Zudem müssen mindestens 75% der Schulstunden in jenem Fach auch mit jener schriftlichen Erlaubnis besucht werden. Bei Schularbeiten gilt weiterhin die Anwesenheitspflicht.



31. What to do after school? – Zivi oder Wehrdienst: der Zwiespalt

Antrag: **Markus Lamprecht**, Bafep10 | **Darius Gogoljak**, Bafep10 | **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse

Mit Ende der Schulzeit steht für die männlichen Schüler eine wichtige Entscheidung in ihrem weiteren Leben an. Denn zwischen dem Beginn des Studiums oder dem Eintritt in die Arbeitswelt gibt es noch eine weitere Station, die man durchlaufen muss. Der Wehrdienst beim Bundesheer oder die seit 1975 zur Verfügung stehende Alternative in unterschiedlicher Ziviler Form. Die häufigste ist der zumeist angestrebte neunmonatige Zivildienst. Aber für alle, die zum Beispiel einen Dienst im Ausland anstreben, besteht die Möglichkeit, sich in den Freiwilligendienst zu begeben und im Rahmen des Friedensdienstes oder des Freiwilligen Sozialen Jahres zu arbeiten. Doch für was soll man sich entscheiden und was sind eigentlich die oben genannten Möglichkeiten? Diese Fragen treffen jeden einzelnen Schüler oft vollkommen unvorbereitet. Leider bleibt dieses wichtige Thema im Leben jedes Bürgers unseres Landes auch während der Schulzeit unbehandelt. Obwohl die Schule genau der Ort sein sollte und müsste, wo sich Schüler unabhängig von großen Werbekampagnen über dem Dienst im Staat informieren könnten.

Forderung:

- Wir fordern daher einen unabhängigen Informationstag rund um Wehrdienst und Zivildienst an Österreichs Schulen, damit man Schülern die Möglichkeit gibt unbeeinflusst eine Entscheidung für ihre Zukunft zu treffen.



32. Wieso können wir nicht einfach mehr Geld drucken?

Antrag von: **Luis Madner**, Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus | **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22 | **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse

Wenn ein_e Schüler_in sich nicht gerade für einen wirtschaftlichen Schwerpunkt oder eine Schule mit Wirtschaftsschwerpunkt entschieden hat, ist es oft nahezu unmöglich, zu verstehen, wie die Wirtschaft funktioniert und was beim Thema Finanzen zu beachten ist, solange sie sich nicht in ihrer Freizeit aktiv damit beschäftigen.

Dies kann zwei schwerwiegende Folgen haben: Einerseits wird man, ohne genügend Grundwissen, oft zu Unrecht behandelt, da jene Akteure, die sich gut mit der Materie auskennen, das System zu ihrem Vorteil auszunutzen. Des Weiteren ist ein gewisses Basiswissen in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen unumgänglich, wenn man sich in der Demokratie beteiligen will, da diese Sparten oft zu den entscheidenden Punkten bei Wahlen zählen.

Genau deswegen finden wir es so wichtig, dass alle Schüler_innen die Bildung bekommen, die sie brauchen, um sich in der Welt zurechtzufinden. Immer wieder fallen in den Medien oder Werbungen Begriffe, wie beispielsweise Aktien, Kredite, oder der Verbraucherpreisindex, wovon viele junge Leute leider nur sehr wenig verstehen. Es ist von großem Vorteil, wenn man durch Unterrichtsfächer wie Betriebswirtschaftslehre oder Volkswirtschaftslehre wirtschaftliche Zusammenhänge verstehen kann. Außerdem ist es wichtig, Unternehmen zu verstehen und bereits Kindern beizubringen, wie man mit Geld richtig umgeht.

Forderungen:

- Daher fordern wir die gesetzliche Verankerung altersgerechter wirtschaftlicher und finanzieller Bildung im Lehrplan aller österreichischen Schulen, da ein Grundwissen in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen eine Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes, finanzielles Leben ist.
- Außerdem fordern wir, dass die finanziellen und wirtschaftlichen Themen von Morgen, wie beispielsweise digitale Währungen, bereits heute unterrichtet werden.



33. Erste-Hilfe-Kurs: lebenswichtig

Antrag von: **Darius Gogoljak**, BAFEP10 | **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Manuel Jonovic**, BORG3

Erste Hilfe ist ein lebenswichtiges und vor allem lebensrettendes Thema. Dieses wird jedoch in vielen Schulen wenig bis gar nicht behandelt. Sofern ein Erste-Hilfe-Kurs in Schulen abgehalten wird, gilt dieser meistens nicht als Nachweis einer Unterweisung entsprechend des Führerscheingesetzes. Laut einer Umfrage von Intregal aus dem Jahr 2016 (<https://bit.ly/3Khk4cv>) haben Rund zwei Drittel der befragten Angst, bei Erste-Hilfe-Maßnahmen etwas falsch zu machen. Durch eine solche Angst können erst recht Fehler entstehen. Ein solcher Kurs kann vorbeugen und sollte außerdem auch als Nachweis für den Führerschein gültig sein.

Forderung:

- Daher fordere ich, dass ein Erste-Hilfe-Kurs in Kooperation mit dem Österreichischem Roten Kreuz an Oberstufen durchzuführen ist, welcher als Nachweis für die erfolgte Unterweisung in lebensrettenden Sofortmaßnahmen entsprechend des Führerscheingesetzes-DV 1997, § 6 entspricht.



34. Hallo, ich bin dein Buddy und steh dir zur Seite!

Antrag von: **Luis Madner**, Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus | **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Manuel Jonovic**, BORG3

Wir alle kennen es, dieses Gefühl der Unsicherheit und Hilflosigkeit. Das erste Jahr an einer neuen Schule. Man kennt niemanden und das Gebäude selbst auch nicht. Unzählige Fragen schwirren den Schüler_innen der 1. Klasse in den Köpfen umher. Wäre doch alles leichter, wenn man jemanden hätte der sich um die Dinge kümmert, um die sich ein Klassenvorstand nicht kümmern kann oder möchte. Vor allem sind manche Dinge auch einfach nicht angedacht sie mit dem Klassenvorstand zu besprechen. Klar ist außerdem, dass Kinder und Jugendliche sich lieber an Gleichaltrige wenden oder an jemanden wenden, der oder die selbst noch Schüler/Schülerin ist. Zumindest das erste Monat, in welchem sich Schüler_innen allein zurechtfinden müssen sollte es für jede Klasse einen Buddy geben.

Dieser Buddy sollte jemand aus der Oberstufe sein, oder jemand, der zumindest eine Klasse über den 1. Klässlern ist. Die Probleme der 1. Klässler werden teilweise von Lehrer_innen nicht verstanden oder sind nicht nachvollziehbar, deshalb ist ein Buddy für jede Klasse eine ausgleichende Alternative. Buddys sprechen vor allem auch die „selbe Sprache“ und wissen teils besser mit Situationen umzugehen. Auch werden Gleichaltrige eher als neutrale Person wahrgenommen als Lehrkräfte oder Sozialarbeiter.

Zusammenfassend sollen Buddys:

- Eine Anlaufstelle für alle 1. Klässler_innen sein
- 1. Klässler_innen regelmäßig im ersten Monat betreuen, danach nur noch phasenweise

Forderung:

- Wir fordern die Verstärkung und Verdichtung des Buddy-Systems an Österreichs Schulen um 1. Klässler_innen bestmöglich in den Schulalltag zu integrieren.



35. Wirklich wahr – Das Vertrauen in die Wissenschaft zurückgewinnen

Antrag von: **Luis Madner**, Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus | **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Manuel Jonovic**, BORG3

Auch wenn sich daraus kein unmittelbarer Nutzen ergibt, ist wissenschaftliche Forschung, die das Wissenspektrum erweitert, notwendig und sollte von der Regierung unterstützt werden? Wenn Sie diese Frage mit „Ja“ beantworten würden, gehören sie zu knapp 48% der Befragten in Österreich. Ungefähr ein Viertel der Umfrageteilnehmer lehnten diese Fragestellung ab (Quelle: Eurobarometer). Schülerinnen und Schüler sind auf Grund der zunehmenden Medialisierung besonders anfällig auf die im Netz kursierenden unwissenschaftlichen Falschinformationen und Verschwörungsmythen. Die Wissenschaft wird von vielen Menschen als starre, absolute Wahrheit angesehen, was fern von aller Wahrheit ist. Sobald es nun zu neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen kommt, scheint sich die Wissenschaft manchmal selbst zu widersprechen und führt im späteren Alter zu einer Desillusionierung und einem Verlust an Vertrauen in die Wissenschaft.

Die Schulen Österreichs spielen eine entscheidende Rolle in der Vermittlung von Informationen, sowie der Erkennung von „Fake News“, wie sie oft im Internet zu finden sind. Es mangelt im Grunde an Aufklärungsarbeit, in Bezug auf wissenschaftlich Relevante Alltagsthemen (Impfungen, Klimawandel, etc.). Darüber hinaus ist es essenziell, Jugendliche auf manipulative, Rhetorische Techniken vorzubereiten, um diese zu erkennen und dadurch das Kritische Denken zu fördern. Nur so können „Fake News“ von wahren wissenschaftlichen Fakten unterschieden und gegebenenfalls widerlegt werden.

Forderung:

- Daher fordern wir mehr Aufklärungsarbeit an Schulen in Bezug auf die Wissenschaft und damit verbundene relevante Alltagsthemen (Impfungen, Klimawandel, etc.), sowie die Förderung des kritischen Denkens durch Identifikation von Rhetorischen Techniken in sozialen Medien.



36. „Das Internet ist für uns alle Neuland“

Antrag von: **Markus Lamprecht**, BAFEP 10 | **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Manuel Jonovic**, BORG3 | **Anselm Elias Husz**, BHAKWIEN 22

Es gibt Klassen, da stehen immer noch Overhead-Projektoren und Röhrenfernseher rum. Dann kommt eine ältere Lehrkraft rein, die immer noch dasselbe wie vor 30 Jahren oder mehr mit derselben Kreide auf dieselbe verstaubte alte Tafel schreibt. Von einer Digitalisierungsoffensive spürt man hier nichts. Natürlich ist das nicht der Regelfall und es wird an manchen Schulen schon daran gearbeitet, die Digitalisierung voranzutreiben, aber das ist bei weitem noch nicht genug für das 21. Jahrhundert.

Es beginnt bei der Zugänglichkeit zu digitaler Infrastruktur in den Schulen. Der Ausbau von qualitativ-hochwertigem Internet, sowie notwendigen Geräten muss flächendeckend fertiggestellt werden. Dabei dürfen Indexschulen nicht kürzer als Privatschulen kommen. Genauso ist es zu spät um erst die jüngeren Jahrgänge mit der nötigen Infrastruktur zu versorgen, es muss auch möglich sein noch in der Oberstufe auf den Unterricht mit Laptops bzw. Tablets umzusteigen. Damit Schüler:innen zu digital mündigen Bürger:innen werden, reicht aber nicht allein die Ausstattung mit digitaler Infrastruktur. Künstliche Intelligenz sowie digitale Medien sollten vermehrt im Unterricht thematisiert werden. Anstatt sie zu stigmatisieren und aus der Schule fernzuhalten, ist es wichtig, sie bewusst in den Schulalltag zu integrieren. Es kann nicht sein, dass in den Schulen versucht wird, eine Realität zu schaffen, in der es keine künstliche Intelligenz sowie digitale Hilfsmittel gibt. Hier muss sich das Bildungssystem an die Veränderungen der heutigen Zeit anpassen.

Doch nur geschultes Personal schafft es, all das Schüler:innen auch näher zu bringen. Deshalb braucht es kurz- bzw. mittelfristig vermehrt Fortbildungen für Lehrkräfte im digitalen Bereich. Langfristig ist jedoch klar, dass Digitalisierung auch einen Platz im Lehramtsstudium braucht.

Forderungen:

- Wir fordern den flächendeckenden Ausbau von qualitativ-hochwertigem Internet an Schulen.
- Wir fordern die flächendeckende Ausstattung von Schüler:innen mit Laptops bzw. Tablets.
- Wir fordern die flächendeckende Integration von digitalen Endgeräten in den Unterricht.
- Wir fordern, dass die Chancen sowie Risiken von digitalen Medien vermehrt im Unterricht behandelt werden.
- Wir fordern die Thematisierung und Verwendung von künstlicher Intelligenz im Unterricht.
- Wir fordern, dass Lehrkräfte geschult werden im digitalen Bereich und langfristig Digitalisierung im Lehramtsstudium behandelt wird.



37. Mind your Mind

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG 8 Albertgasse | **Manuel Jonovic**, BORG3 | **Luis Madner**, Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

Die Jugend wurde von der Coronakrise besonders hart getroffen. Soziale Kontakte wurden auf ein Minimum reduziert, Schüler_innen fühlten sich alleine gelassen und der Schulstress nahm beträchtlich zu. Doch wo blieb die Politik?

Zahlreiche Untersuchungen, wie etwa die Studie der Donau Universität Krems zeigen, dass die Covid-Pandemie zur maßgeblichen Verschlechterung der psychischen Gesundheit besonders bei der jungen Generation beigetragen hat. So hat sich unter anderem herausgestellt, dass 16 Prozent der Jugendlichen über 14 Jahren regelmäßig Selbstmordgedanken haben, 50 Prozent unter Ängsten und 25 Prozent unter Schlafstörungen leiden. An Therapieplätzen sowie Unterstützungsmöglichkeiten mangelt es maßgeblich. Auch an Schulen sind ausgebildete Kinder- und Jugendpsycholog_innen eine Seltenheit. Für uns ist klar: Die psychische Gesundheit von jungen Menschen darf auch in Krisenzeiten nicht leiden. Genau aus diesem Grund braucht es den raschen Ausbau von professionellen Psycholog_innen an Schulen, die den Schüler_innen in stürmischen Zeiten eine starke Schulter bieten.

Es ist natürlich sehr schwierig, schnell die Anzahl der Schulpsycholog_innen zu erhöhen. Aber es ist notwendig, sofortige Maßnahmen zu treffen, um auf die Krise der mentalen Gesundheit von Schüler_innen zu reagieren. Hier sind Schule und das Ministerium gleichermaßen gefragt. Es muss eine niederschwellige Ansprechperson für jede_n Schüler_in geben. Das Konzept der Vertrauenspersonen ist ein gutes, das auch genutzt, ausgebaut und stärker forciert werden soll.

Damit Schüler_innen dieses Angebot jedoch erst in Anspruch nehmen, muss ein Bewusstsein bezüglich mentaler Gesundheit geschaffen werden. Nur wer weiß, dass es ihm/ihr nicht gut geht, kann auch Hilfe in Anspruch nehmen. Die Schule soll durch die vermehrte Thematisierung von mentaler Gesundheit im Regelunterricht zur Enttabuisierung beitragen.

Forderungen:

- Deshalb fordern wir den Ausbau der psychologischen Unterstützungsangebote an Schulen. Den Schüler_innen sollte ein niederschwelliger Zugang zu professionellen Psycholog_innen sowie internen Vertrauenspersonen ermöglicht werden.
- Wir fordern, dass mentale Gesundheit vermehrt im Regelunterricht thematisiert wird, um das Thema zu enttabuisieren.



38. Hello, anyone there?

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Luis Madner**, Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus | **Manuel Jonovic**, BORG3

Die Landesschüler_innenvertretung ist ja bekanntlich die „gesetzlich verankerte, demokratisch gewählte Vertretung aller Schülerinnen und Schüler Wiens“. Auf der Internetseite der Landesschüler_innenvertretung Wiens findet man die Aufgaben, bessergesagt grobe Ziele, die sich diese selber auferlegt hat. Neben der „Bereitstellung umfangreicher Services“ und „Aktive Vertretung der Schülerschaft Wiens“ auch die „Unterstützung der Schülerver:innenvertretungen bei ihrer Arbeit“.

Will man diese Unterstützung als Schüler_innenvertretung in Anspruch nehmen steht man jedoch vor einem Rätsel... An wen wendet man sich? Auf der Internetseite findet sich zwar die Option „Kontakt“, jedoch passiert leider nach einem Klick nichts. Auch auf Instagram sucht man vergeblich nach einer Anmerkung bezüglich wo man sich Hinwenden soll. Lediglich ein Posting von 2020, welches Schüler_innenvertretungen die Möglichkeit geben soll ein Mitglied der LSV Wien in eine Schüler_innenvertretungs-Whatsappgruppe hinzuzufügen, bietet einen solchen Service an. Die Freude endlich das, nach dem man gesucht hat, gefunden zu haben legt sich allerdings spätestens nachdem man bemerkt, dass der „Anmeldelink in der Bio“ auch nicht (mehr) zu finden ist.

Gerade für Schüler_innen die sich zum ersten mal mit der Landesschüler_innenvertretung beschäftigen bzw. mit ihr Kontakt aufnehmen wollen ist das verwirrend. Die LSV-Wien sollte ihren eigenen Versprechungen gerecht werden!

Forderungen:

- Wir fordern eine Präzisierung der Aufgaben der Landesschüler_innenvertretung.





LSV WIEN
Landeschüler:innenvertretung

Info der Landeschüler:innenvertretung

Kontaktiere uns!



Am einfachsten per Instagram DM.

Oder alternativ auch über das **neue Kontaktformular** auf unserer Website.

Unsere E-Mail-Adresse findest du auch weiterhin wie gewohnt in der Fußzeile unserer Website verlinkt.

Eure Landeschüler:innenvertretung Wien



@lsv_wien

39. Auf in die Schule des 21. Jahrhunderts

Antrag von: **Jahongir Tohirov**, BHAKWIEN 22 | **Frederik Witjes**, BGRG 8 Albertgasse | **Anselm Elias Husz**, BHAKWIEN 22

Bildung formt die Zukunft unseres Landes, also sollte sie doch auch zumindest den Technischen Standard der Gegenwart haben, oder? An vielen Wiener Schulen ist das leider nicht der Fall. Unterrichtet wird immer noch auf veralteten Kreidetafeln und geschrieben wird in Schulheften und Büchern aus Papier. Wir sind der Meinung, dass Wien Vorreiter für die Österreichische Schule von morgen sein kann.

Schon seit dem 17. Jahrhundert werden Kreidetafeln in Schulen verwendet. Während die Art, wie wir Informationen verarbeiten sich seitdem drastisch geändert hat, bleibt die Tafel an vielen wiener Schulen weiterhin der primäre Weg den Schüler_innen Stoff zu vermitteln. Und das, obwohl es schon zahlreiche Alternativen dafür gibt, wie einzelne Schulversuche zeigen. Jedoch sind das nur Ausnahmen, In vielen anderen Ländern hat man es bereits geschafft die Tafel durch moderne, Digitale Whiteboards zu ersetzen. Wien schafft das auch!

Doch nicht nur die Tafeln sind ein veraltetes Werkzeug. Auch Papier wird unserer Meinung nach noch viel zu viel benutzt, vor allem mit Blick auf die immer näherkommende Klimakatastrophe muss die Papierflut aufhören. Viele Schüler_innen sind ihren Schulen schon voraus und nutzen ohne der gegebenen Infrastruktur ihre eigenen Tablets oder Laptops. Um ein faires und effektives Schulerlebnis bieten zu können sollten jedoch alle Schülerinnen und Schüler ähnliche Geräte benutzen. Laut zahlreichen Studien sind Tablets für den Gebrauch im Unterricht am besten geeignet weshalb Schulen empfohlen werden sollte diese zu etablieren. Diese sollen die Schulbücher und Schulhefte komplett ersetzen. Falls Schüler_innen auf eigenen Wunsch, Bücher und Papier verwenden wollen, können sie das, dies müssen sie allerdings selbst finanzieren. Finanziert werden soll das ganze durch eine einmalige Erhöhung des Bildungsbudget um diese Geräte zu etablieren. Eine Modernisierungs-Datenbank könnte für eine Faire Verteilung unter den Schulen sorgen. Der SGA soll mitentscheiden können welche Geräte angeschafft werden.

Doch all diese Geräte bringen nichts ohne der Passenden Infrastruktur. Schulen brauchen flächendeckendes und schnelles WIFI. Außerdem ist eine funktionierende Lernplattform, auf der Schüler_innen mit Lehrkräften kommunizieren, den Stundenplan einsehen und Aufgaben abgeben können von Nöten. Des Weiteren ist wichtig, dass die gesamte Technik einer Schule kompatibel miteinander ist. Das heißt, jedes Tablet muss die Möglichkeit haben, sich mit den Whiteboards zu verbinden und auch die Lernplattform muss auf allen in der Schule verwendeten Geräten abrufbar sein.



Forderungen:

- zusammengefasst fordern wir flächendeckendes W-Lan und eine funktionierende Lernplattform an allen Wiener Schulen.
- Außerdem soll ein technisches Eco-System an Schulen etabliert werden mit dem alle Geräte kompatibel sind.



40. Verhindern von Bildungslücken

Antrag von: **Vincent Englitsch**, SZU Ungargasse

Aufgrund der Ereignisse der letzten 2 Jahre haben wir festgestellt, dass das aktuelle Anwesenheitssystem der Schule für die Moderne Zeit nicht mehr adäquat ist. Um für zukünftige ähnliche Situationen gewappnet zu sein, wäre es sinnvoll, Schulstunden hybrid abzuhalten. Denn Fakt ist, viel Schulen haben bereits die Mittel und Möglichkeiten diese Technologien zu nutzen.

Das heißt jede Schulstunde kann auch online verfolgt und im Nachhinein abgerufen werden. Das bringt sowohl Schüler_innen welche durch zum Beispiel Krankheit, außerschulischen Aktivitäten, SIP, Mental Health etc. verhindert sind, als auch schwächeren Schüler_innen Vorteile, da man sich die Schulstunden beliebig oft ansehen und somit wiederholen kann. In der heutigen Zeit, wäre so ein System mehr als angebracht und mit vergleichsweise einfachen und billigen Mitteln realisierbar.

Forderungen:

- Schulstunden sollen auf einem geeigneten Medium wie Microsoft Teams, Live übertragen werden.
- Schulstunden sollen, mit Einwilligung der betreffenden Lehrpersonen, aufgezeichnet und gespeichert werden, damit Schüler_innen die verhindert waren durch Krankheit, außerschulischen Aktivitäten, SIP etc. die im Unterricht gemachten Inhalte auch auditiv und visuell verfolgen können
- Stunden bei denen die Anwesenheit online nachgewiesen wird, zählen nicht als Fehlstunden.
- Stunden welche, durch Ansehen der Aufzeichnung nachträglich nachgeholt werden, werden automatisch entschuldigt.



41. Wo soll ich hin?

Antrag von: **Vincent Englitsch**, SZU Ungargasse

Jede_r kennt es! Im Alter von 14 Jahren steht man vor der Entscheidung welchen weiterführenden Bildungsweg man nun einschlagen will. Dabei stehen einem die verschiedensten Schultypen mit unterschiedlichen Zweigen und Schwerpunkten zur Auswahl. Ob die Schule ihre eigenen Schüler_innen über den weiteren Bildungsweg und ihre Möglichkeiten aufklärt ist ihnen selbst überlassen und von Schule zu Schule unterschiedlich. Meistens müssen sich Schüler_innen jedoch selbst informieren und werden alleine im Dunkeln stehen gelassen.

Der von der Bildungsdirektion veröffentlichte Schulführer ist nur wenigen Schüler_innen bekannt. Deshalb sollte er auch in der Digitalversion erhältlich sein, um ihn leichter zugänglich für Alle zu machen. Wir dürfen uns nicht nur für eine Digitalisierung des Schulführers, sondern müssen uns auch für eine Überarbeitung, als auch eine Bekanntmachung, einsetzen.

Schüler_innen müssen über ihren weiteren Bildungsweg aufgeklärt werden, denn sonst kann es dazu kommen, dass sie sich irgendwann in einem Schultypen wiederfinden und schließlich ihre eigene Wahl anzweifeln. Doch sobald gegen diesen Informationsmangel entgegengewirkt wird, werden Schüler_innen endlich über ihre Möglichkeiten und Chancen aufgeklärt. Denn alle Schülerinnen und Schüler sollten über das Bildungsangebot, das ihnen zu Verfügung steht, ohne jegliche Vorurteile Bescheid wissen.

Forderungen:

- Allgemeiner Ausbau, Erweiterung und Verbesserung des Schulführers
- Ergänzung einer Beschreibung der Schultypen und der Schulschwerpunkte
- Allgemeine Erklärung und Auflistung aller Zweige auf der Homepage
- Verpflichtende Aufklärung zu Schultypen und weiterführenden Schulen am Anfang der 4. Klasse der Sekundarstufe 1



42. Erdbeerwoche – kein Problem!

Antrag von: **Annika Ordo**, Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus | **Barbara Glawar**, BAFEP 10 | **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse

Mit der Frage wie ich ein Tampon oder eine Binde in der Hose verstecken kann, sodass es ja niemand sieht müssen sich menstruierende Personen Tag für Tag herumschlagen. Doch warum schämen wir uns für eine absolut natürliche Situation? Bringen wir junge Menschen nicht mehr dazu sich für ihre Periode zu schämen und stellen Menstruationsartikel direkt auf den Toiletten zur Verfügung. Und zwar verpflichtend. Wir wollen das Tabu brechen und wir finden, dass es in der Verantwortung von Schulen liegt, den Schulalltag so angenehm wie möglich zu gestalten. Abgesehen davon das Tabu zu brechen ist Menstruation für viele Personen ein Abwesenheitsgrund und das kann die Schule nicht verantworten. Für Menstruationsartikel muss Geld aufgewendet werden, dass viele Personen nicht zur Verfügung haben. Periodenarmut ist ein echtes Problem, auch wenn es viele nicht wahrnehmen wollen. Uns ist bewusst, dass das Projekt an vielen Schulen bereits umgesetzt wurde, verpflichtend ist es aber jedoch noch nicht.

Um die Besorgung kümmert sich die Schüler_innenvertretung und die Finanzierung soll durch die Schule erfolgen wie zum Beispiel durch den Elternverein. Die direkte Verteilung auf den Toiletten kann ebenfalls von der Schüler_innenvertretung übernommen werden oder durch das Putzpersonal erfolgen.

Forderungen:

- Wir fordern verpflichtende gratis Menstruationsartikeln auf Schultoiletten für menstruierende Personen.



43. Anonymisierte Korrektur in der Schule

Antrag von: **Ahmad Bachir**, AHS Friesgasse | **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse

Zurzeit befinden sich Lehrer_innen in einer Doppelfunktion, bestehend aus Mentor_in und Lektor_in, die inkompatibel und in sich unvereinbar ist. Durch die Diskrepanz der geforderten Rollen, ergibt sich eine unzureichende Ausführung beider und in Folge Arbeitsineffizienz. Daher fordern wir die Trennung der belehrenden und korrigierenden Rolle und setzen uns für anonymisierte Korrekturen durch eine dritte Lehrkraft ein. So schaffen wir es eine Ansprechperson für die Schüler_innen zu schaffen, die sie nicht zeitgleich benotet, womit das Verhältnis zielgerichtet der Funktion von Lehrer_innen entspricht und eine vertrauliche und offene Atmosphäre schafft. Dies hat nicht nur positive Auswirkungen auf das zwischenmenschliche Verhältnis, sondern auch auf die Klassen- und Schumatmosphäre.

Forderung:

- Daher fordern wir, dass jegliche Leistungsbeurteilungen von einer anonymen Lehrkraft korrigiert werden, welche nicht in Kontakt mit dem jeweiligen Schüler/ der jeweiligen Schülerin steht.



44. Echte Demokratie statt ahnungsloser Schüler_innen

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Manuel Jonovic**, BORG3 | **Ahmad Bachir**, AHS Friesgasse

Obwohl es in Wien über 160.000 Oberstufenschüler_innen und mehr als 750 aktive SV-ler_innen gibt, weiß nur ein Bruchteil, wie das SV-System auf Landes- oder gar auf Bundesebene funktioniert. Dies ist ein Problem, da es kaum Schüler_innen gibt, die sich darüber im Klaren sind, von wem sie eigentlich vertreten werden. Das führt dazu, dass man gar nicht weiß, welche Entscheidungen über uns Schüler_innen durch unsere „Vertretung“ gefällt bzw. beeinflusst werden.

Wir sind der Meinung, dass eine Demokratie nicht funktionieren kann, wenn dem Großteil der Schüler_innen gar nicht bewusst ist, wie ihre Vertretung funktioniert und wer dafür zuständig ist. Um diesem Problem entgegenzuwirken, sollte die Aufklärung über das österreichische SV-System ein Teil des Lehrplans an allen Oberstufenschulen im Unterrichtsfach „Geschichte und politische Bildung“ sein. Die Politik des Hier-und-Jetzt, die unser Leben beeinflusst, ist eindeutig wichtig genug, um ein verpflichtender Teil des Lehrstoffs zu sein.

Forderung:

- Wir fordern, dass Aufklärung über das österreichische Schüler_innenvertretungssystem in den Lehrplan aller Oberstufenschulen vorhanden aufgenommen wird.



45. Anonymisierte Korrektur in der Schule

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Ahmad Bachir**, AHS Friesgasse

Zurzeit ist die Lehrkraft für Schüler eine Mischung aus Freund und Feind, da sie zum einen den Coach stellt, zum anderen aber auch den Prüfer / die Prüferin. Dadurch entsteht ein gespaltenes Verhältnis zwischen den zwei Parteien.

Dem kann man entgegenwirken, indem man eine andere anonyme Lehrkraft Test und Schularbeiten der Schüler / die Schülerin korrigieren lässt. Dadurch ist die Lehrkraft, welche der Schüler / die Schülerin in dem Fach primär zugeteilt ist, nur mehr der Coach, welcher die Schüler zu einem positiven Ergebnis bringen will.

Forderung:

- Daher fordern wir, dass jegliche Test etc. in der Schule von einer anonymen Lehrkraft korrigiert werden, welche nicht in Kontakt mit dem Schüler / der Schülerin stehen.



46. Bringen wir Licht in die dunklen Schulfinanzen!

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Ahmad Bachir**, AHS Friesgasse | **Jahongir Tohirov**, BHAKWIEN 22

Ein Machthaber verfügt allein über das ganze Geld seiner Institution. Niemand kontrolliert ihn. Er allein entscheidet, wer, was und wie viel bekommt. Das klingt nach zu viel Macht mit zu wenig Kontrolle? An vielen Wiener Schulen ist es leider Realität.

Der Direktor oder die Direktorin verfügt allein über das Budget und ist nicht verpflichtet, anderen Personen Einsicht zu gewähren. Dies ist der perfekte Boden für Missbrauch.

Alle Schüler_innen und Lehrer_innen sollten das Recht haben, zu sehen, wohin das Geld der Schule fließt. Deshalb erachten wir es als essenziell, dass die Buchführung der Schule, unter Wahrung aller

Persönlichkeitsrechte, offengelegt werden muss. Und seien wir uns ehrlich: Wem könnte das wirklich schaden?

Forderung:

- Wir fordern, dass es allen Schüler_innen das ganze Jahr über möglich ist, das Schulbudget einzusehen und nachzuverfolgen, wohin und wieviel investiert wurde. Des Weiteren soll das Schuljahres- Budget der vorläufigen Freigabe durch den SGA unterliegen.



47. Choose your player/teacher

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Ahmad Bachir**, AHS Friesgasse | **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22

Lehrkräfte an einer Schule müssen als Team funktionieren. Sie müssen dazu fähig sein zu kooperieren und gemeinsam Schüler_innen auf ihrem Bildungsweg zu unterstützen. Damit ein Team funktioniert brauchen wir an Schulen mehr Entscheidungsfreiheit in Bezug auf Lehrkräfte. Wir fordern personelle Freiheit damit nur die beste Ausbildung angeboten werden kann. Bildungsstätte müssen die Möglichkeit haben sich Lehrkräfte ihrer Wahl auszusuchen. Denn nicht jede Schule ist gleich und es muss bei der Aufstellung des Lehrer_innenteams auf Schüler_innen eingegangen werden. Außerdem gibt es viele Schulen, an denen es Lehrkräfte mit einer bestimmten Zusatzausbildung benötigt. Beispiele dafür wären Schulen mit Schüler_innen, die einer vernachlässigten Bevölkerungsschicht angehören. Hier benötigen wir besonders engagierte und motivierte Lehrkräfte, die bereit sind starke Arbeit zu leisten. Die Wahl der Lehrkräfte würde durch die Direktion erfolgen, denn niemand kennt die eigene Schule so gut und kann besser beurteilen welches Team es benötigt, um die beste Ausbildung zu gewährleisten. Wir wollen weg von der Zuteilung der Lehrkräfte. Daher sollte ein transparentes und normiertes Bewerbungsverfahren angewendet werden, sowie bei jedem anderen Job auch.

Forderung:

- Wir fordern eine personelle Freiheit an Schulen, sodass jede Direktion ihr Lehrer_innenteam durch ein transparentes Verfahren selbst aufstellen kann.



48. Bleibt weltoffen!

Antrag von: **Luis Madner**, Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus | **Ahmad Bachir**, AHS Friesgasse

Wir leben heutzutage in einer derart internationalen und sich-schnell-weiterentwickelnden Zeit, dass es immer wichtiger wird, sich mit dem Thema Diversity zu beschäftigen. Obwohl Faktoren, wie beispielsweise Geschlecht, Herkunft oder auch Sexualität, die einfach nicht beeinflussbar sind, bereits ausnahmslos akzeptiert werden sollten, gibt es immer noch genügend Fälle von Homophobie, Rassismus, Sexismus oder einfach Mobbing aufgrund jener Faktoren.

Wir sind der Meinung, dass das nicht mehr so weitergehen darf! Jede_r soll so leben dürfen, wie er oder sie will, insofern es andere nicht gefährdet oder diese einschränkt. Leider passieren obengenannte Ungerechtigkeiten viel zu oft, obwohl die Schule eigentlich ein Ort zur Zusammenkunft, Sozialisierung und natürlich zum Lernen sein soll, was dadurch bedauerlicherweise oftmals in den Hintergrund rutscht. Da es vermutlich schwierig wäre, den Schüler_innen zu befehlen, wie sie sich gegenseitig zu behandeln haben, sollte Diversität in Form von außerordentlichen Projekten, wie beispielsweise Workshops oder Veranstaltungen gefördert werden.

Forderung:

- Wir fordern mehr Beihilfe des Landes für Schulen beim Planen und Veranstalten von Workshops, Seminaren oder Events, welche mehr Diversity, aber vor allem Toleranz und ein freies miteinander für alle fördern.



49. Echter Klimaschutz in der Schule

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG 8 Albertgasse | **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22 | **Barbara Glawar**, BAFEP 10

Die Klimakrise ist die große Herausforderung unserer Zeit. Schaffen wir es nicht, die Erderwärmung zu bremsen, wird das für uns alle katastrophale Folgen haben. Vor wenigen Monaten erst hat uns der IPCC, der Klimaexpert_innenrat der UN, an die Dringlichkeit dieser Herausforderung erinnert: Es bräuchte unmittelbare und drastische Reduktionen des CO₂-Ausstoßes, um die globale Erwärmung noch auf unter 2°C seit der industriellen Revolution beschränken zu können. Wir müssen also handeln, und zwar bald.

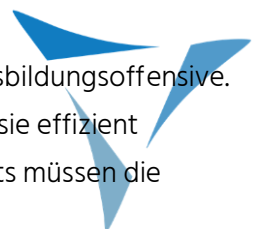
Unsere Verantwortung als Schüler_innenvertreter_innen ist es, Veränderung dort einzufordern, wo es uns am meisten betrifft: Der Schule. Auch im österreichischen Schulsystem besteht nämlich dringender Handlungsbedarf. Wir müssen damit beginnen Ressourcen in der Schule besser und effizienter zu nutzen und den CO₂-Fußabdruck der Schulen zu senken. Echten Klimaschutz gibt es aber nur, wenn man ein echtes Konzept vorlegen kann. Genau das versucht dieser Antrag zu tun.

Eine echte Veränderung wird es nämlich nicht geben, wenn wir auf symbolische Verbote von oben herab setzen. Wir sind darauf angewiesen, dass die Direktionen und die Schulpartner im SGA dazu motiviert sind, es besser zu machen. Dass sie kreative Wege suchen, die wirklich funktionieren und an ihre Schule angepasst sind. Es braucht also Anreize! Ein Belohnungssystem ist hier die Lösung: Jedes Jahr soll der Fußabdruck aller Schulen erhoben werden. Daraus soll ein Ranking entstehen. Die Schulen, die ihren CO₂-Ausstoß am stärksten senken konnten, bekommen dafür vom Bildungsministerium eine Prämie. So entsteht ein Wettbewerb um die besten Lösungen und Modelle. Die klimafreundliche Schule ist nämlich eine Schule des mutigen Wettbewerbs und nicht der Verbote.

Es gibt aber natürlich auch Schulen, die sich besonders schwer tun werden. Deshalb wollen wir, dass die 10% der Schulen, mit dem höchsten CO₂-Ausstoß direkt von Expert_innen in Sachen Klimaschutz unterstützt werden. Zusammen mit diesen Profis vom BMBWF Bildungsministerium sollen diese Schulen einen maßgeschneiderten Fahrplan für die Reduktion ihres CO₂-Fußabdrucks entwickeln.

Um das Bildungssystem insgesamt CO₂-neutral zu gestalten, müssen aber noch weitere Maßnahmen gesetzt werden: Neubauten von Schulen sollten höchsten ökologischen Standards entsprechen! Genauso muss es den Schüler_innen ermöglicht werden, möglichst ohne Emissionen zu ihrer Schule zu kommen: Wir Das österreichweite begrüßen hier grundsätzlich das Klimaticket ist eine große Chance für den öffentlichen Verkehr, es braucht fordern aber auch einen weiteren Ausbau der Bahn- und Businfrastruktur, damit möglichst jede_r Schüler_in seine oder ihre die Schule ohne Auto erreichen kann. Hier gilt es auch, gerade in den Städten, für sichere Fahrradwege zu sorgen.

Um die ökologische Transformation der Schulen zu schaffen, braucht es aber auch eine Ausbildungsoffensive. Hierbei muss einerseits den Direktionen wichtiges Know-How mitgegeben werden, damit sie effizient selbstständig Maßnahmen für klimafreundliche Schulen vor Ort setzen können. Andererseits müssen die



Antrag

Schüler_innen selbst lernen, wie sie eigenverantwortlich klimafreundlicher leben können. Hierbei sollten auch klimafreundliche Projekte von Schüler_innen an ihren Schulen gezielt gefördert werden.

Forderungen:

- Belohnungssystem für die Ökologisierung von Schulen: Jährliche Erhebung des CO₂-Fußabdrucks aller Schulen. Jedes Jahr soll der CO₂-Fußabdruck aller Schulen erhoben
- werden, und die Schulen mit der größten Verbesserung im Vergleich zu Vorjahr werden vom Bildungsministerium belohnt. Die 10% der Schulen mit den größten Problemen sollen gezielte Experten-Unterstützung bekommen.
- Höchste ökologische Standards beim Neubau von Schulen und Berücksichtigung von vorhandener Bahninfrastruktur, sowie Schaffung guter öffentlicher Anbindung.
- Wir fordern, dass beim Neubau von Schulen höchste ökologische Standards eingehalten werden. Zugleich muss auch dafür gesorgt werden, dass die Bahninfrastruktur zu Schulen ausgebaut wird.
- Ausbildungsoffensive für Direktionen und Schüler_innenvertretungen zur Senkung von Emissionen und stärkere Behandlung des Klimawandels im Lehrplan.



50. Use your time wisely

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Darius Gogoljak**, BAFEP 10 | **Barbara Glawar**, BAFEP 10 | **Ahmad Bachir**, AHS Friesgasse

In Nebenfächern, in denen keine Schularbeiten abgehalten werden, zählen Lehrkräfte auf Mitarbeitersleistung, Tests, aber auch auf Präsentationen. Diese müssen immer zuhause vorbereitet werden, sowohl der Inhalt muss recherchiert werden als auch die Abhaltung der Präsentation muss zuhause geprobt werden. Das ist Zeit, die zusätzlich verloren geht, um sich auf wichtige Prüfungen vorzubereiten und führt im Endeffekt durch einen größeren Aufwand zum wirklichen Schulstress. Deswegen fordern wir, dass Präsentationen in Nebenfächern ausschließlich in Unterrichtsstunden vorbereitet werden dürfen. So wird Schülerinnen und Schülern im Unterricht Zeit zur Verfügung gestellt, um Präsentationen zu dem vorhergesehenen Stoff auszuarbeiten. Im Endeffekt sind Präsentationen laut Lehrplan nicht vorgeschrieben, nur der Lehrstoff ist vorgeschrieben. Wie dieser den Schülerinnen und Schülern vermittelt wird, hat die Lehrkraft selbst zu entscheiden. In vielen Fällen werden Präsentationen als beliebte Methode gesehen, jedoch gibt es viele Alternativen wie Workshops, Teamarbeiten oder interaktive Aufgaben.

Unsere Forderung soll die Anhäufung von Präsentationen im Generellen vermeiden und Lehrkräfte dazu motivieren auch andere Unterrichtsmethoden anzuwenden.

Forderungen:

- Wir fordern, dass Präsentationen in Nebenfächern nur in der dafür vorgesehenen Unterrichtszeit vorbereitet werden dürfen und nicht zuhause.



51. Bildung über Finanzen: eine Investition in die Zukunft

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Anselm Elias Husz**, BHAKWIEN22 | **Ahmad Bachir**, AHS Friesgasse

In einer Zeit, in der über staatliche Förderungen und die hohe Inflation diskutiert wird, ist eine gute Wirtschafts- und Finanzbildung umso wichtiger. Es ist essentiell, dass alle Schüler:innen die Instrumente und das Wissen mit auf den Weg bekommen, um ein finanziell mündiges Leben führen zu können. Nur wer sich auch auskennt in unserem Wirtschafts- und Finanzsystem kann mündige Entscheidungen treffen. Diese so relevante Bildung dürfen wir nicht ausschließlich Banken und Unternehmen überlassen, die natürlich auch ein Eigeninteresse haben. Schon jetzt werden seitens des Bildungsministeriums Schritte in die richtige Richtung gemacht, dennoch muss hier Druck ausgeübt werden, um den Prozess zu beschleunigen, aber auch Input seitens der Schüler:innen zu liefern.

Zu einer guten Wirtschafts- und Finanzbildung gehört einerseits das mikroökonomische und andererseits das makroökonomische Verständnis. Es soll nicht an den Banken liegen, Kredite, Zinsen usw. zu erklären. Es ist aber mindestens genauso wichtig, Wirtschaftssysteme zu verstehen, um sich eine Meinung zu bilden. Hier muss schon vermehrt in der Pflichtschule angesetzt werden, im Rahmen des Geographie und Wirtschaftskunde Unterrichts, damit auch Menschen mit Pflichtschulabschluss ein Gefühl für Geld und die Mechanismen unserer Wirtschaft bekommen. Darüber hinaus braucht es, um mehr in die Tiefe gehen zu können, ein eigenes Fach „Wirtschafts- und Finanzbildung“ in der Sekundarstufe II, sollte es noch kein ähnliches Fach in der Schule geben.

Neben klassischen Begriffen und Systemen soll auch gelernt werden, wie man verantwortungsvoll mit Geld umgeht. Dabei spielen die richtigen Tools zur Meisterung von wirtschaftlichen Herausforderungen und das Planen eines Haushaltsbudgets natürlich mit. Genauso wichtig zu lernen ist aber auch, dass Geld nicht mehr wird, wenn es auf der Bank liegt. Deshalb müssen die Chancen, aber auch Risiken der verschiedenen Anlagemöglichkeiten eine Rolle spielen. Um risikolos mit dem Finanzsystem in Kontakt zu kommen, soll es Schüler:innen ermöglicht werden, gemeinsam an Börsespielen teilzunehmen. Was jedoch auch thematisiert werden muss, ist die Rolle von Aktien bei der privaten Pensionsvorsorge, denn die Schüler:innen müssen jetzt schon darauf vorbereitet werden, dass sie ihre Pensionsvorsorge womöglich selbst in die Hand nehmen müssen.



Forderungen:

- Wir fordern, dass schon in der Pflichtschule im Fach „Geographie und Wirtschaftskunde“ ein grundlegendes Verständnis sowohl für mikroökonomische als auch makroökonomische Zusammenhänge gelehrt wird.
- Wir fordern in der Sekundarstufe II die Einführung des Fachs „Wirtschafts- und Finanzkunde“, sollte es nicht bereits ähnliche Fächer geben.
- Wir fordern die verstärkte Thematisierung von Tools zur Meisterung wirtschaftlicher Herausforderungen (Verträge, Bankwesen, Steuern, Insolvenz, Förderungen, usw.), der Planung eines Haushaltsbudgets, Anlagemöglichkeiten und privater Pensionsvorsorge.
- Wir fordern die Möglichkeit zur Teilnahme an einem Börsenspiel im Rahmen des Unterrichts.
- Wir fordern, dass sich die LSV aktiv an dem Prozess der Implementierung von Wirtschafts- und Finanzbildung in der Schule beteiligt.



52. Paper-and-Pencil-Aufgaben, das Konzept aus der Zukunft?

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Anselm Elias Husz**, BHAKWIEN 22 | **Barbara Glawar**, BAFEP 10

Wieder einmal wurde für den Schultyp AHS eine grundlegende Änderung für die Mathematik Matura beschlossen. So gibt es zum Beispiel eine neue Agenda für die Matura 2025: Dort sollen dann grundlegende Rechenaufgaben in Paper-and-Pencil-Manier bewältigt werden. Dies ist der Punkt wo man beginnt den Kopf zu schütteln. Denn jahrelang hat man den Oberstufenschüler_innen abtrainiert, etwas mit der Hand zu rechnen. Typischerweise musste ein CAS-Programm oder ein CAS-fähiger Taschenrechner herhalten um mit der SOLVE-Funktion Gleichungssysteme zu lösen. Rein theoretisch wird das händische Rechnen ja auch erlernt. In der Praxis jedoch verkommt diese Fähigkeit, da das bloße Rechnen nahezu nichts mit mathematischen Grundkompetenzen zu tun hat. Nun soll also die mathematische Tugend wieder hochgehalten werden. Grundsätzlich ist dieser Schritt zu befürworten. Völlig offen ist jedoch, in welcher Intensität diese Beispiele auftreten werden. Einen bloßen Spaziergang mit völlig grundlegenden Beispielen als Teil einer schriftlichen Matura wird es wohl kaum geben. Sobald aber diese Paper-and-Pencil-Aufgaben ein Stück weit interessanter werden, wird es höchstwahrscheinlich wieder an einer echten Vorbereitung dafür fehlen. Denn der Matheunterricht ist seit jeher zeitlich unterdimensioniert. Es wurde Platz geschaffen: Parabeln, Ellipsen, Hyperbeln und meistens auch Kreise wurden begraben. Damit auch die klassischen Extremwertaufgaben. Genauso sind Folgen und Reihen ein reiner Nischenstoff geworden. Sprich: Der Mathestoff der Oberstufe blieb am Papier zwar gleich, aber in der Praxis wird vor allem der Maturastoff abgedeckt. Und natürlich wurde durch die Verwendung technischer Hilfsmittel Zeit gespart. Vor allem die Grundkompetenzen, welche nun wieder zum Einsatz kommen sollen wurden häufig vernachlässigt.

Forderung:

- Daher fordern wir, eine angemessene Matura Anpassung und die nötige Vorbereitung um die Paper-and-Pencil-Aufgaben bewältigen zu können.



53. Der Weg zur europäischen Schule

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Manuel Jonovic**, BORG3 | **Markus Lamprecht**, BAFEP 10

Die Europäische Union beeinflusst den Alltag junger Menschen in vielerlei Hinsicht, konditioniert deren Lebensrealitäten und bietet Chancen und Möglichkeiten, unterdessen das europäische Gefühl der Einheit und der länderübergreifenden Zusammenarbeit immer mehr in den Hintergrund gerät und dem eigentlichen Einführungsgrund opponiert. Anstatt einheitliche Standards zu fördern, den transnationalen Kontakt zu vereinfachen und die politische Identifikation zu den Entscheidungsträgern sicherzustellen, stagnieren wir in Reformüberlegungen, erschaffen nationale Einzellösungen und daraus resultierend ein Europa des Einzelnen.

Allen voran Jugendlichen entgehen durch die zunehmende Bürokratisierung von Vorgängen und dem Dissens der Kompetenzträger über Optimierungsprozesse Möglichkeiten und Perspektiven, die nicht nur eine persönliche Weiterentwicklung torpedieren, sondern uns als Einheit schwächen, betrachtet man das entgangene Potential.

Ein gebildetes Europa arbeitet nicht nur die länderspezifische Historie und Gegenwart auf, sondern forciert das Erlernen der europäischen Geschichte und der Entwicklungen der Einzelstaaten an Schulen, um zum einen unsere durchaus vielschichtige Vergangenheit zu beleuchten und zum anderen auf aktuelle Vorgänge aufmerksam zu machen und zu sensibilisieren.

Ein gemeinsames Europa sollte nicht nur maßgebliche Prozesse standardisieren, hingegen vielmehr nuanciert Mindestnormen etablieren, wobei dies vorrangig Bildungseinrichtungen betrifft, werden die Sprachvielfalt sowie die diversen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten berücksichtigt. Projekte wie Erasmus+ erleichtern die grenzüberschreitende Kollaboration, doch erschweren die uneinheitlichen Abschlussniveaus die Einbindung einzelner Gruppen und verringern den Wirkungsgrad. Wie die Einführung der Zentralmatura in Österreich zeigt, bewähren sich normierte Abschlussprüfungen und obstruieren die Entstehung von Bildungsgefällen und Prüfungstourismus. Weiters gilt es soziökonomischen Unterschiede abzufangen und die Förderungsmöglichkeiten treffsicherer zu gestalten.

Es braucht also eine wirkliche europäisierte Bildung, gemeinsame Standards und mehr Kontakt mit anderen Ländern.



Forderungen:

- Wir fordern, das bestehende Curriculum um weitere Schwerpunkte hinsichtlich der europäischen Geschichte sowie einzelner aktueller Entwicklungen der Mitgliedstaaten zu ergänzen.
- Wir fordern eine schrittweise Standardisierung der Abschlussprüfungen, sowie des Lehrplans bezüglich gleichwertiger Lehrfächer auf europäischer Ebene.
- Wir fordern den niederschweligen Ausbau des Erasmus+ Projekts samt Informationskampagnen, ebenso wie die Subventionierung des Programms für ökonomisch benachteiligte Familien.



54. internship your life

Antrag von: **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22 | **Jahongir Tohirov**, BHAKWIEN 22 | **Barbara Glawar**, BAFEP 10

An vielen Schulen Wiens ist die Absolvierung eines Praktikums, egal ob Ausland oder Inland bereits verpflichtend. Dies zeigt uns immer wieder wie essenziell ein Praktikum für eine frühe Berufserfahrung, die persönliche Entwicklung und das Knüpfen von Kontakten ist. Damit sich Schüler_innen auch bestmöglich darauf vorbereiten können benötigt es mehr Unterstützung seitens der Schule. Durch die Einführung eines Praktikums-Komitee würde dies optimal funktionieren! Die Aufgaben dieses Komitees wären unter anderem Schüler_innen bei Recherche und Bewerbungsprozess beistehen, regelmäßig Stellenanzeigen an Interessent_innen senden, bei Auswahl des Praktikumsplatz unterstützen, gemeinsam auf das Praktikum vorbereiten, während des Praktikums für Notfälle erreichbar sein und gemeinsam mit Schüler_innen das absolvierte Praktikum nachbereiten. Dabei ist es wichtig, dass sich Schüler_innen im Vorhinein bestimmte Ziele setzen, sodass das Praktikum auch einen Nutzen hat. Die Entscheidung, ob es dazu dienen soll sprachliche Kenntnisse zu verbessern, das im Praxisunterricht erlernte anzuwenden oder um sich beruflich besser orientieren zu können muss den Schüler_innen selbst überlassen werden. Dieses Komitee würde sich aus jeweils einer Lehrkraft pro angebotener Fremdsprache und zwei zusätzlichen Lehrkräften zusammensetzen. So wäre jede Fremdsprache vertreten und zusätzliche Hilfe ebenfalls gewährleistet. Außerdem muss Schüler_innen das nötige Wissen zu jeglichen Förderprogrammen wie beispielweise Erasmus+ mitgegeben werden, sodass diese vermehrt in Anspruch genommen werden.

Im Endeffekt sollte es in der Interesse der Schulen liegen ihre Schülerschaft bei der Sammlung früher Berufserfahrung zu bestärken und zu unterstützen.

Forderungen:

- Wir fordern die Einführung eines Praktikums-Komitee an allen Schulen Wiens.
- Wir fordern vermehrte Praktikum-Informationsveranstaltungen an allen Schulen Wiens.



55. Öffis nützen – selbst schützen

Antrag von: **Annika Ordo**, Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus | **Barbara Glawar**, BAFEP 10 | **Frederik Witjjes**, BGRG8 Albertgasse

Unzählige Schüler_innen nutzen tagtäglich öffentliche Verkehrsmittel, um in die Schule zu fahren. Dabei begegnen Jugendliche leider immer häufiger unangenehmen Situationen, in denen sie sich nicht zu wehren wissen. Schüler_innen müssen mit einem guten Gefühl in der Schule ankommen, um ihren Schulalltag erfolgreich meistern zu können, weswegen es definitiv in der Verantwortung aller Schulen Wiens liegt ihre Schüler_innenschaft auf etwaige unangenehme Situationen vorzubereiten und eine Anlaufstelle für etwaige Vorfälle anzubieten. Durch die Einführung eines verpflichtenden Selbstverteidigungskurses in der Oberstufe für alle Schüler_innen können öffentliche Verkehrsmittel mit sicherem Gefühl genutzt und Schüler_innen für alle Notfälle vorbereitet werden. Zusätzlich dazu benötigt es an allen Schulen Wiens eine Ansprechperson, die speziell für schulwegbezogene Vorfälle zur Verfügung steht und diese vereinzelt bei Bedarf gemeinsam mit Schüler_innen verarbeitet – diese Rolle soll eine dafür bestimmte Lehrkraft einnehmen.

Sich nicht wohlfühlen, wenn man allein öffentliche Verkehrsmittel nutzt, ist okay, darf jedoch nicht normal sein! Und genau deswegen müssen wir endlich Enttabuisierung leisten und aktiv das Problem ansprechen!

Forderungen:

- Einführung eines verpflichtenden Selbstverteidigungskurses in der Oberstufe für alle Schüler_innen.
- Einführung einer Ansprechperson, die speziell für schulwegbezogene Vorfälle zur Verfügung steht.



56. Sei eine Avocado!

Antrag von: **Frederik Witjes**, BGRG8 Albertgasse | **Anselm Husz**, BHAKWIEN 22

Avocados sind perfekt, wenn sie mittelreif und aus Zentralamerika sind. Genauso wichtig wie eine zentrale mittlere Reife. Doch was ist es, was man braucht für das Leben nach der Schule? Am Ende der Pflichtschule sollen wirklich jede und jeder die grundlegenden Werkzeuge für ein mündiges Leben und für eine vertiefende Bildung erhalten haben. Doch wie kann man sicher gehen, dass das der Fall ist? Das Ende der Schulpflicht sowie der Besuch einer Oberstufe sollten an die Vorweisung einer positiv abgeschlossenen zentralen mittleren Reife geknüpft werden. Um aber niemanden sein Leben lang in die Schule zu zwingen, läuft die Schulpflicht auf jeden Fall mit dem 18. Geburtstag aus. Die zentrale mittlere Reife soll keine Mini-Matura sein, sondern möglichst die Kernkompetenzen der Schülerinnen und Schüler abprüfen. Es braucht keine große theoretische Prüfung sein, sondern eine integrierte Überprüfung von grundlegender Lese-, Schreib- und Rechenkompetenz. Zusätzlich sollte auch eine grundlegende Kenntnis der englischen Sprache, und die Fähigkeit, politische Institutionen und wirtschaftliche Instrumente zu identifizieren, abgefragt werden. Dennoch soll absolute Zentralität, sowohl in der Aufgabenstellung als auch in der Korrektur, gewährleistet sein.

Forderung:

- Einführung der zentralen mittleren Reife am Ende der Schulpflicht



57. Um Veränderung an Berufsschulen bewirken zu können - Freistellung für Berufsschüler:innenvertreter:innen

Antrag von: **Vanessa Waldhauser**, Berufsschule für Chemie, Grafik und gestaltende Berufe

Auch an Berufsschulen leisten die Schulsprecher:innen und ihre Stellvertreter:innen unfassbar wichtige Arbeit – zusätzlich zu einer 40-Stunden-Woche. So eine Arbeitswoche ist manchmal sehr kräftezehrend und so sind die 25 Tage (5 Wochen) Urlaub, auf die Lehrlinge Anspruch haben, für ihre Erholung sehr wichtig.

Umso verständlicher ist es, dass sie diese wenigen Tage nicht für den Besuch eines Schüler:innenparlaments „opfern“ möchte, obwohl dieses für die Vertretungsarbeit essentiell ist. Und auch in der Arbeitszeit ist es aufgrund der Arbeitspflichten nicht möglich, an einem Schüler:innenparlament teilzunehmen. Ein Lehrling müsste sich also Urlaub nehmen.

Für die Ausübung ihrer Tätigkeit müssten Berufsschüler:innenvertreter:innen mindestens 8% ihres Urlaubs opfern – im Vergleich zu einer AHS/BMHS, würde das den Verlust einer Woche Sommerferien bedeuten.

Forderung:

- Freistellung für Berufsschüler:innenvertreter:innen seitens der Berufsschule aber auch des Betriebes zum Zwecke der Vertretungsarbeit.



58. Schule - und dann?

Antrag von: **Katharina Anna Gabriel**, GRG19/BI26, Billrothgymnasium

„Nicht für das Leben, sondern für die Schule lernen wir.“

Ein Zitat des römischen Philosophen Lucius Annaeus Seneca aus dem 1. Jahrhundert nach Christi. Schon damals drückte er damit aus, wie wenig sich die Schule in seinen Augen am praktischen Leben orientiert. Und das ist immer noch so!

Wieso werden wir nicht auf unsere Zukunft vorbereitet? Wir schließen die Schule ab, haben keine Ahnung wie Steuern funktionieren, wie man eine Wohnung anmeldet oder was wir nach der Schule wirklich machen wollen. Das sind nur wenige Beispiele für Themen, welche besonders in allgemeinbildenden höheren Schulen vernachlässigt werden.

Berufsorientierung. Ein Thema, das schon oft und viel diskutiert wurde, aber einfach enorm wichtig ist! Für viele Schüler:innen stellt sich die Frage, was sie in ihrer Zukunft beruflich machen möchten und viele haben teils keine Ahnung, was es für Bildungs- und Berufsangebote gibt bzw. wo man sich darüber informieren könnte. Und durch eben diese Unwissenheit werden oft Fehlentscheidungen getroffen.

Die Schule spielt hierbei eine enorme Rolle, denn sie bereitet die Jugendlichen auf das weitere Leben vor und hat u.a. eine direkte Verantwortung für den konkreten Berufswahlprozess. Eine durchgängige Auseinandersetzung mit der Arbeits- und Berufswelt kann Schülerinnen und Schülern die Gelegenheit bieten, individuelle Interessen und Fähigkeiten sowie berufliche Perspektiven zu erkunden und diese zu reflektieren.

Dies kann durch eine frühe Vorbereitung, also nicht erst in der zwölften Schulstufe, verbessert werden. Aber auch jährliche berufspraktische Tage und Exkursionen, das Einladen von Expert:innen würde viel zu einer klareren Zukunftsperspektive der Schüler:innen führen.

Forderungen:

- Jährlich soll es verpflichtende Praxismöglichkeiten (berufspraktische Tage, Expert:innengespräche, berufsorientierte Exkursionen, etc.) für die Schüler:innen geben.
- Das Thema Berufsorientierung muss mehr in den Lehrplan inkludiert werden, um den Schüler:innen einen zukunftsorientierten Einblick zu ermöglichen.



59. Schule von gestern

Antrag von: **Merit Nwogu**, BRG12 Erlgasse

Wir leben im Jahr 2022. Wir leben in einer digitalen Welt. Oder? Nein. Denn wenn ich einen Blick in meine Schule werfe, würden sich einige Leute erschrecken. Das WLAN für Schüler:innen ist katastrophal. Das WLAN, das den Schulalltag am Leben erhalten soll, ist noch schlimmer. Von den Overhead Projektoren will ich gar nicht anfangen.

Blickt man auf die Ausstattung der Schüler:innen, hat die Hälfte von ihnen keine Endgeräte. Und wenn, dann können sie diese nicht benutzen, weil sie einerseits keine Zugänge seitens der Schulen bekommen, und andererseits keinen passenden Unterricht, der sie aufklärt.

Forderungen:

- Die Bildungsdirektion soll Schüler:innen bei Bedarf Endgeräte zur Verfügung stellen, entweder zu kostengünstigen Preisen oder ganz kostenlos
- Besser Ausstattung von W-Lan-Geräten an Schulen sowohl für den Gebrauch im Unterricht als auch für den Eigengebrauch
- Einheitliche Softwares und/oder Clouds um Unterrichtsmaterialien um Unterrichtsprogramme gesammelt zu speichern
- Fortbildungen für Lehrer:innen, um digitale Kompetenzen im Unterricht einbauen und auch unterrichten zu können



60. Warum nicht gleich gleich?

Antrag von: **Maximilian Pech**, Kollegium Kalksburg

EPWA, so heißt der Einsemestrige VWA-Vorbereitungskurs an meiner Schule.

Obwohl es um so ein wichtiges Thema für unseren Schulabschluss geht, haben Lehrpersonen Vollmacht über die Art, wie sie diesen Kurs gestalten. Dies führt selbstverständlich zu Missverständnissen, maßgeblichen Unterschieden in der Auffassung der Aufgabe und Diskussionen der Klassen untereinander. Warum sind diese Kurse nicht einfach vereinheitlicht? Dies würde nicht alle Probleme lösen, aber wenigstens alle auf ungefähr den gleichen Stand heben.

Da die VWA Teil der Zentralmatura ist, sollten auch die Zitierregeln zentral verwaltet werden. Schulautonome Zitierregeln sind Energieverschwendung und sollten sofort durch einheitliche ersetzt werden. Nur weil ein Gymnasium drei Straßen weiter als ein anderes steht, braucht es nicht jedes Jahr neue eigene Zitierregeln, die der gesamten Schülerschaft das Leben schwerer machen.

Forderungen:

- Vereinheitlichung der VWA-Vorbereitungskurse
- Vereinheitlichung und zentrale Verwaltung der Zitierregeln für die VWA



61. Aufwertung des Berufs der Lehrer:innen

Antrag von: **Clara Cernajsek**, AHS Schützengasse

Lehrer:innen sind dafür da, um Schüler:innen Wissen zu vermitteln, einen essenziellen Baustein für das Leben in unserer Gesellschaft zu setzen.

Doch was für ein Image hat der Lehrer:innenberuf? Ein schlechtes. Viel Arbeit, wenig Wertschätzung, schlechte Klischees.

Das führt dazu, dass wir einen Lehrer:innenmangel haben. Es kommt vor, dass Student:innen vor Klassen stehen und unterrichten sollen. Lehrkräfte sind völlig überarbeitet, denn die Arbeit endet nach dem Feierabend nicht. Sie sind gefordert mehr als 100 Prozent zu geben und das für ein Gehalt, das dem auf keinen Fall gerecht wird.

Wie kann man also Anreize schaffen, damit mehr Personen den Lehrer:innenberuf ergreifen wollen? Wie kann man einen der wichtigsten Berufe attraktiver gestalten?

Mit einer Kampagne, die den Beruf als Lehrer:in bewirbt. Werbung in verschiedenen Medien, sowie Kennenlerngesprächen für Maturant:innen mit Lehrpersonen, die im Rahmen der Berufsorientierung stattfinden können. Die Gespräche zeigen den Schüler:innen die Motivation für die Berufswahl und werten gleichzeitig das Image des Lehrer:innenberufs auf.

Und wie kann man den Berufsalltag der Lehrer:innen und Schulalltag der Schüler:innen verbessern?

Regelmäßige Fortbildungen zu Themen wie Lernstoff spielerisch und spannend vermitteln, Kommunikation mit Eltern oder Umgang mit Kindern mit besonderen Bedürfnissen. Solche Fortbildungsseminare können das Niveau des Bildungssystems in Österreich maßgeblich erhöhen.

Forderungen:

- Die Bezahlung der Lehrkräfte soll erhöht werden
- Durch eine Kampagne an Schulen soll dafür gesorgt werden, dass der Lehrer:innenberuf für Maturant:innen ansprechender wird. Dies kann zum Beispiel durch Kennenlerngespräche in Maturaklassen ermöglicht werden
- Regelmäßige Fortbildungen für Lehrkräfte



62. Unbrauchbares wieder brauchbar machen

Antrag von: **Marie Charwat**, Modeschule Herbststraße

An Verwendung von Papier, Plastikflaschen und Ähnlichem mangelt es an unseren Schulen nicht. Werden diese Dinge jedoch nach dem Gebrauch umweltfreundlich entsorgt oder recycelt? In Schulen ist Mülltrennung leider oft noch ein Fremdwort und von Recycling gar keine Rede.

Unsere Erde stellt uns natürliche Ressourcen zur Verfügung - diese sind jedoch endlich. Trotzdem verwenden wir sie als hätten wir unendliche Planeten in Reserve. Nicht nur die Ressourcen, sondern auch die Umwelt leidet darunter. Der von uns produzierte Müll landet meist auf Deponien. Dadurch können Schadstoffe in den Boden gelangen und zusätzlich klimaschädliche Gase entstehen.

Wir Schülerinnen und Schüler sollten als großes Beispiel vorangehen und ein Zeichen an die Erwachsenen senden. Wir sind die Zukunft und wollen, dass es auch eine Zukunft für uns geben wird.

Forderung:

- Verpflichtendes Recycling an allen Schulen mit besonderer Rücksichtnahme auf unterschiedliche Arten von Abfall und deren klare Trennung, wie Plastik, Bio und Papier
- Schaffen von Bewusstsein durch bessere Integration des Umweltschutzes in den Lehrplan in Fächern wie Biologie, Geographie und Deutsch

